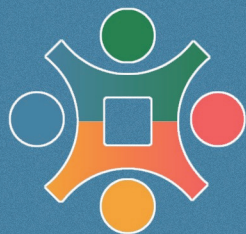




Wahlprüfsteine Kommunalwahl

Stadt Offenbach



**Bündnis für
sozialen
Zusammenhalt**
IN STADT UND KREIS OFFENBACH

Vorwort:

Liebe Offenbacher*innen,

Mit der Kommunalwahl 2026 werden in Stadt und Kreis Offenbach wichtige Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Viele Entscheidungen, die den Alltag der Menschen unmittelbar prägen – von Kita- und Bildungsangeboten über Pflege, Jugend- und Kulturarbeit bis hin zu Nahverkehr, Wohnen und Mietpreisen – werden auf kommunaler Ebene getroffen. Gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten, wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmender Klimabelastungen sowie offener Angriffe auf Demokratie und Menschenwürde ist entscheidend, welche politischen Antworten vor Ort gegeben werden.

Das Bündnis für sozialen Zusammenhalt in Stadt und Kreis Offenbach ist ein Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Umwelt- und Freizeitverbänden, Antifaschismus-Initiativen, Migrant*innenorganisationen, Freiwilligenstrukturen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Uns verbindet die Überzeugung: Sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von selbst – er ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Es macht einen Unterschied, ob Politik soziale Gerechtigkeit stärkt oder Ungleichheit vertieft, ob sie gleiche Rechte und Teilhabe ermöglicht oder Hürden aufrechterhält, ob sie Diskriminierung konsequent bekämpft oder Ausgrenzung duldet.

Mit den vorliegenden Wahlprüfsteinen bündeln wir zentrale sozial-, wohnungs-, bildungs-, arbeitsmarkt-, klima- und demokratiepolitische Fragen, die aus der täglichen Praxis unserer Mitgliedsorganisationen und Initiativen erwachsen: aus Beratungsstellen, Kitas, Jugendzentren, Pflegeeinrichtungen, aus Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, aus Projekten gegen Antisemitismus und Rassismus, aus Umwelt- und Quartiersarbeit sowie aus Engagement und Ehrenamt. Wir sind parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral gegenüber Armut, Diskriminierung und Demokratieabbau. Mit dieser Broschüre möchten wir sichtbar machen, wie die zur Wahl antretenden Parteien und Wähler*innengruppen den Herausforderungen begegnen wollen – und so eine fundierte Grundlage für öffentliche Debatte und persönliche Wahlentscheidungen schaffen.

Die Wahlprüfsteine gliedern sich in sechs Themenblöcke:

- Soziale Infrastruktur & Gesundheit – ab Seite 6
- Wohnen – ab Seite 12
- Gute Arbeit, Tarifbindung & soziale Sicherung – ab Seite 18
- Bildung, Jugend, Kultur & Teilhabe – ab Seite 24
- Demokratie, Vielfalt, Antidiskriminierung & Engagement – ab Seite 30
- Klima, Mobilität & Stadtentwicklung – ab Seite 36

Aus unserer Sicht sind dies die zentralen Felder, auf denen sich entscheidet, ob und wie Stadt und Kreis Offenbach sich als Region weiterentwickeln, in der alle Menschen gut und sicher leben können.

Wir haben den zur Kommunalwahl 2026 antretenden Listen und Parteien in Stadt Offenbach sowie im Kreis Offenbach diese Fragen vorgelegt, um mehr über ihre Programme und konkreten Vorhaben zu erfahren. Die Antworten werden getrennt nach Stadt und Kreis dargestellt und von uns unbearbeitet und vollständig veröffentlicht. Antworten, die die vorgegebene Zeichenanzahl deutlich überschritten haben, wurden gekürzt. Die Kürzungen wurden kenntlich gemacht.

Wir danken allen Beteiligten, die an der Erstellung der Wahlprüfsteine mitgewirkt haben, und allen Parteien und Wähler*innengruppen, die sich die Zeit für eine Antwort genommen haben. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und ermutigen dazu, die kommunalpolitischen Positionen zu vergleichen, nachzufragen und am Wahltag von Ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen.

Informationen zur Wahl:

Was wird gewählt?

Gewählt wird die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach am Main. Sie ist das kommunale Parlament und damit das wichtigste demokratische Entscheidungsorgan der Stadt. In ihr beraten und beschließen die gewählten Stadtverordneten die grundlegenden Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung und bestimmen die politischen Leitlinien für die Arbeit der Stadt in den kommenden Jahren. Zu ihren zentralen Aufgaben gehört insbesondere, die wichtigsten Entscheidungen der Stadtpolitik zu treffen:

Sie beschließt den städtischen Haushalt und damit, wofür finanzielle Mittel eingesetzt werden, entscheidet über größere Vorhaben und Investitionen (zum Beispiel Bau- und Infrastrukturprojekte, Schulen, Kitas oder städtische Einrichtungen) und erlässt Satzungen sowie andere verbindliche Regelungen.

Außerdem befasst sie sich mit Themen wie Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport sowie sozialen Leistungen und Angeboten der Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung kann darüber hinaus Anträge und Beschlüsse fassen, um die Verwaltung zu beauftragen oder politische Schwerpunkte festzulegen, und sie kontrolliert die Umsetzung ihrer Entscheidungen im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten.

Mit der Wahl bestimmen die Wähler*innen und Wähler also, welche Parteien, Wählergruppen und Personen die Mehrheiten bilden und damit maßgeblich beeinflussen, welche Ziele verfolgt werden und wie sich Offenbach am Main in den nächsten Jahren entwickelt.

Wer tritt zur Wahl an?

Mit einstimmiger Entscheidung hat der Wahlausschuss zwölf Wahlvorschläge mit 412 Bewerberinnen und Bewerbern (-12 gegenüber 2021) offiziell zur Stadtverordnetenwahl am 15. März 2026 in folgender Reihenfolge zugelassen:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU; 50 Bewerber*innen
2. Alternative für Deutschland - AfD; 7 Bewerber*innen
3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD; 50 Bewerber*innen
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - GRÜNE; 55 Bewerber*innen
5. Freie Demokratische Partei - FDP; 60 Bewerber*innen
6. Die Linke - Die Linke; 31 Bewerber*innen
7. FREIE WÄHLER - FREIE WÄHLER; 33 Bewerber*innen
8. Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit - BiG; 34 Bewerber*innen
9. Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit - BSW; 29 Bewerber*innen
10. PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei; 24 Bewerber*innen
11. Volt Deutschland Volt - 14 Bewerber*innen
12. Offenbach für alle e.V. - Ofa.e.V.; 25 Bewerber*innen

**Informationsseite der
Stadt Offenbach zur Wahl:**
www.offenbach.de/wahlen



Wie wird gewählt?

Nach § 38 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) umfasst die Stadtverordnetenversammlung in Offenbach am Main 71 Sitze. Entsprechend hat jede wahlberechtigte Person 71 Stimmen.

Diese Stimmen können Sie auf verschiedene Arten vergeben:

- Kumulieren (häufen): Sie können mehrere Stimmen gezielt einer Person oder einer Liste/Gruppe geben, um diese besonders zu unterstützen.
- Panaschieren (verteilen): Sie können Ihre Stimmen auf unterschiedliche Personen und/oder Listen aufteilen.

Zusätzlich können Sie einen Wahlvorschlag unverändert annehmen, einzelne Bewerberinnen oder Bewerber streichen oder verschiedene Möglichkeiten miteinander kombinieren. So lässt sich die Stimmabgabe flexibel nach den eigenen Vorstellungen gestalten.

Wo kann ich wählen?

Im Bürgerbüro

Im Bürgerbüro können Sie Briefwahlunterlagen persönlich beantragen und direkt vor Ort wählen. Das Büro ist barrierefrei zugänglich. Das Briefwahlbüro befindet sich im Bürgerbüro, Kaiserstraße 39, 63065 Offenbach am Main.

Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag

8:00 - 13:00

Donnerstag (nachmittags)

13:00 - 18:00

Als Briefwahl

Bürgerinnen und Bürger die Briefwahl beantragen möchten, können diesen Antrag per QR-Code als Onlinebriefwahlantrag (www.offenbach.de/briefwahl) stellen, so werden die Unterlagen automatisch an die Post gegeben. Darüber hinaus kann der Antrag auch schriftlich, per E-Mail oder persönlich im Briefwahlbüro gestellt werden. Die ausgefüllten Wahlunterlagen müssen per Post an das Bürgerbüro zurückgeschickt oder können in den Briefkästen am Bürgerbüro oder Rathaus eingeworfen werden. Wer den Antrag mündlich im Bürgerbüro stellt, kann die Briefwahl direkt an Ort und Stelle in einer Wahlkabine vornehmen; hierfür genügt die Vorlage des Personalausweises.

Im Wahllokal

Am Wahltag sind die Wahllokale von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet. Welches Wahllokal für Sie zuständig ist, steht gut sichtbar auf Ihrer Wahlbenachrichtigung. In der Regel liegt der Wahlraum in der Nähe Ihrer Hauptwohnung.

Bitte bringen Sie nach Möglichkeit die Wahlbenachrichtigung mit. Außerdem ist es sinnvoll, ein amtliches Ausweisdokument bereitzuhalten.

Wer darf wählen?

An der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung darf teilnehmen, wer am Wahltag alle folgenden Bedingungen erfüllt:

- Staatsangehörigkeit: Sie sind Deutsche oder Deutscher im Sinne von Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz oder besitzen die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaats (Unionsbürgerin/Unionsbürger).
- Mindestalter: Sie haben das 18. Lebensjahr vollendet, also geboren am 15. März 2008 oder früher.
- Wohnsitz in Offenbach: Sie wohnen seit mindestens sechs Wochen in Offenbach am Main, also seit spätestens 1. Februar 2026.

Themenblock

Soziale Infrastruktur &

Gesundheit

Wie sichern Sie in Stadt und Kreis Offenbach die öffentliche Daseinsvorsorge und ein verlässliches Sozialbudget, und welche finanziellen Prioritäten setzen Sie, um Kürzungen bei sozialen Angeboten zu vermeiden?

Liste 1: CDU

Die CDU Offenbach sichert soziale Daseinsvorsorge durch solide Finanzen, klare Prioritäten und Verwaltungsmodernisierung. Kürzungen sollen durch Effizienz, Wirtschaftswachstum und konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips vermieden werden. Steuererhöhungen zulasten der Bürger lehnen wir ab.

Liste 3: SPD

Die SPD sichert die öffentliche Daseinsvorsorge, indem soziale Angebote für uns Priorität im Haushalt haben. Wir vermeiden Kürzungen durch stabile Einnahmen, eine starke Wirtschaft und klare Schwerpunktsetzung. Trotz Rekordinflation blieb die Grundsteuer stabil. So sichern wir Sozialbudgets verlässlich und stärken den sozialen Zusammenhalt.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Offenbach soll eine Stadt für alle sein. Wir haben den Aktionsplan gegen Kinderarmut vorangetrieben, beschlossen und Geld dafür bereitgestellt. Trotz angespannter Haushaltslage ist es gelungen die Mittel von 150.000 auf 250.000 € zu erhöhen – das müssen wir weiter ausbauen und setzen uns weiter gegen Kürzungen im Sozialbereich ein. Die Schließung von Jugendzentren steht nicht zur Debatte.

Liste 5: FDP

Die Daseinsvorsorge funktioniert in Offenbach: Energie-, Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Starkregenvorsorge sind stabil organisiert, getragen insbesondere durch die Energieversorgung Offenbach, den ZWO und die städtischen Betriebe. Sozialausgaben werden durch Pflichtaufgaben weiter steigen. Ohne Mehreinnahmen und höhere Zuwendungen von Bund und Land werden Sparmaßnahmen nicht zu vermeiden sein.

Liste 6: Die Linke

Die Linke will soziale Infrastruktur als Pflichtaufgabe sichern. Kürzungen bei sozialen Angeboten lehnen wir strikt ab. Wir setzen auf ein verlässliches Sozialbudget, höhere Investitionen in Beratung, Pflege, Jugend- und Gesundheitsangebote sowie auf eine bessere kommunale Finanzausstattung statt einzelne Prestigeprojekte.

Liste 7: Freie Wähler

Wir legen klare Prioritäten fest: Kitas/Schulen, Pflege, Sicherheit, Mobilität. Neue Projekte nur mit belastbarem Kosten- und Zeitplan; Prestige stoppen. Mehr Transparenz im Stadtkonzern, regelmäßiges Kosten-Controlling und Einsparungen bei Verwaltungsausgaben, so bleibt Geld für soziale Angebote.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sichern die Daseinsvorsorge, indem wir soziale Leistungen als feste Priorität im Haushalt verankern. Durch eine effiziente Verwaltung, die gezielte Nutzung von Fördermitteln, Prävention statt Folgekosten und eine stärkere lokale Wirtschaft vermeiden wir Kürzungen und halten das Sozialbudget verlässlich.

Liste 11: Volt

Offenbach kann die öffentliche Daseinsvorsorge nicht allein sichern; Bund und Land müssen dafür ausreichende Mittel bereitstellen. Über Stiftungen lassen sich zusätzliche Projekte fördern, wofür die Stadt attraktiv sein muss. Wir wollen soziale Angebote in Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Seniorenarbeit und kulturelle Teilhabe sichern, innovative Förderprogramme nutzen und Kürzungen möglichst vermeiden.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Wir wollen die Prioritäten des Finanzhaushalts anders setzen! Offenbach hat Schulden und eine riesige Zinslast. Wir wollen die Ausgaben für Marketing und Prestigeprojekte kürzen, stattdessen den ÖPNV ausbauen, die Kinderbetreuung verbessern, die Schulen sanieren, mehr niederschwellige Bildungsangebote für alle schaffen, Maßnahmen zur Integration stärken und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessern.

Wie wollen Sie Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen in allen Quartieren barrierefrei ausbauen und Begegnungs- wie Beratungsangebote stärken?

Liste 1: CDU

Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sollen bei Neubau, Sanierung und Digitalisierung barrierefrei gestaltet werden. Die CDU Offenbach stärkt Quartiersangebote, Vereine und Ehrenamt als wohnortnahe Begegnungs- und Beratungsorte und setzt auf Inklusion im Alltag statt auf Sonderstrukturen.

Liste 3: SPD

Wir bauen Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen barrierefrei aus und stärken sie in allen Quartieren. Stadtteilbüros, Jugend- und Seniorentreffs sichern wohnortnahe Beratung und Begegnung. Mobile Angebote, digitale Unterstützung und persönliche Ansprechpersonen sorgen dafür, dass Hilfe für alle erreichbar bleibt.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Die Quartiersbüros haben wir finanziell abgesichert und wollen weitere. Wir wollen mobile Bildungsangebote, wie Bücherbus und Jugendkunstschulmobil ausbauen und mehr kulturelle Angebote in Kitas und Schulen. Genauso wollen wir mehr Grünflächen in allen Stadtteilen und dezentrale Sportangebote. Den Kommunalen Aktionsplan Inklusion wollen wir weiter umsetzen und damit Barrierefreiheit voranbringen.

Liste 5: FDP

Neue Einrichtungen werden nach den rechtlichen Vorgaben barrierefrei geplant. Veranstaltungen im öffentlichen Raum sollen barrierefrei gestaltet werden. Bei Altbauten oder von der Kommune angemieteten Räumen ist das nicht immer umsetzbar. Wir stärken Stadtteiltreffs, Mehrgenerationenhäuser und offene Treffpunkte mit besonderem Fokus auf kulturelle Vielfalt und ältere Migrantinnen und Migranten.

Liste 6: Die Linke

Sozial-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sollen sukzessive barrierefrei ausgebaut werden. Die Linke unterstützt die Umsetzung des kommunalen Aktionsplan Inklusion, insb. die Schaffung des barrierefreien Zugangs zu Dienstgebäuden der Stadt nach dem Zwei-Sinne-Prinzip und das Einbeziehen der Kommunalen Behindertenbeauftragten/des Behindertenbeirats bei genehmigungspflichtigen Hochbaumaßnahmen.

Liste 7: Freie Wähler

Wir wollen, dass Menschen überall gut hinkommen: barrierearme Wege, Gebäude und Toiletten, verständliche Infos und echte Hilfe vor Ort. In den Stadtteilen sollen mehr Treffpunkte und Beratungsangebote erreichbar sein. Persönlich und digital, ohne komplizierte Hürden.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir setzen auf verbindliche Barrierefreiheitsstandards, gezielte Investitionen in Bestandsgebäude, inklusive Stadtplanung. Quartierszentren werden ausgebaut und besser vernetzt, mobile Beratungsangebote gestärkt und Träger langfristig finanziert, damit Begegnung, Bildung und Unterstützung in allen Stadtteilen zugänglich sind.

Liste 11: Volt

Wir wollen bestehende Einrichtungen systematisch auf Barrieren prüfen und schrittweise barrierearm umbauen. Wo Umbauten nicht möglich sind, sorgen wir für erreichbare Alternativen im Quartier. Begegnungs- und Beratungsangebote sollen gebündelt, regelmäßig vor Ort angeboten und durch bessere Öffentlichkeitsarbeit sichtbar gemacht werden.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Wir wollen die Arbeit der Stadtteilbüros ausbauen. Dort soll es Anlaufstellen für Beratungen aller Art geben, zu Gesundheit, Bildung und sozialem. Im Rathaus soll es eine zentrale Beratungsstelle geben, die Ratsuchende weitervermittelt. Die Digitalisierungsangebote in der Stadt sollen gebündelt werden, um so ein Überblick für die Senioren über die Vielfalt der Angebote zu erhalten.

Wie wollen Sie dem Zuwachs an Vereinsamung sowie psychischen Erkrankungen in Stadt und Kreis Offenbach lebender Menschen begegnen?

Liste 1: CDU

Die CDU begegnet Vereinsamung und psychischen Belastungen durch Prävention: Ausbau der Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams, Sport- und Vereinsangebote sowie generationen-übergreifende Projekte. Gemeinschaft, Ehrenamt und frühe Unterstützung stehen im Mittelpunkt statt rein therapeutischer Ansätze.

Liste 3: SPD

Wir entwickeln ein Programm „Offenbach gegen Einsamkeit“ und stärken Treffpunkte, Vereine und Quartiersarbeit. Über das soziale Netzwerk, frühe Hilfen, Pflege-Beratung und Nachbarschaftshilfe bauen wir niedrigschwellige Unterstützung aus; Hilfesysteme werden überprüft und bedarfsgerecht erweitert.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Es gibt bereits wichtige Orte der Begegnung, wie Seniorentreffs und Quartiersbüros, die wir erhalten und ausbauen wollen (siehe oben). Mit der Station Mitte schaffen wir einen weiteren. Zusätzlich werden wir eine kommunale Strategie gegen Einsamkeit entwickeln. Den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes wollen wir ausbauen und mehr Gesundheitsfachkräfte und multiprofessionelle Teams in Bildungseinrichtungen.

Liste 5: FDP

Durch Stärkung von Begegnungsorten, Besuchsdiensten, Telefon und Online-Kontaktangeboten, generationenübergreifenden Projekten und Kampagnen zur Wertschätzung älterer Menschen. Psychische Gesundheit wird als kommunale Aufgabe ernst genommen: Ausbau von Präventions- und Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien in Kooperation mit freien Trägern.

Liste 6: Die Linke

Wir stärken niedrigschwellige Begegnungsangebote, Stadtteilzentren und Sozialarbeit vor Ort. Ein zentrales Problem ist zudem, dass Offenbacher*innen aufgrund von Armut, schlechter am öffentlichen Leben teilhaben können. Öffentliche Räume sollen so gestaltet werden, dass in ihnen nicht konsumiert werden muss und soziale Kontakte und Teilhabe gefördert werden.

Liste 7: Freie Wähler

Wir stärken Nachbarschaftstreffs, Vereine und Mehr- generationen-Angebote, damit Menschen leichter Anschluss finden. Für Kinder und Jugendliche bauen wir Prävention aus: Schulsozialarbeit, offene Jugendtreffs und frühe Beratung. Angebote sollen wohnortnah, niedrigschwellig und gut erreichbar sein. Ergänzend setzen wir uns für die Ansiedlung zusätzlicher Psychologen und Fachärzte ein. Angebote, Hilfen und Beratung freier Träger stärken wir.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir stärken niedrigschwellige psychosoziale Angebote, Quartiersarbeit und offene Treffpunkte gegen Einsamkeit. Prävention an Schulen, mehr Beratung, aufsuchende Hilfen und bessere Versorgung im Bereich psychische Gesundheit sehen wir als zentral an. Ehrenamt, Vereine und Nachbarschaften möchten wir gezielt fördern und vernetzen.

Liste 11: Volt

Wir stärken regelmäßige, niedrigschwellige Begegnungsangebote in Quartieren, Vereinen und Einrichtungen. Ehrenamt und Initiativen sollen gezielt eingebunden und sichtbar gemacht werden. Digitale Angebote ergänzen persönliche Treffen, ersetzen sie aber nicht. Ziel ist frühe Ansprache, bevor Isolation und psychische Belastungen sich verfestigen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Spieltische in der Stadt an allen möglichen Plätzen, um kostenfreie Begegnungen möglich zu machen. Stärkung des Angebotes des Freiwilligenzentrums durch höhere Zuschüsse. Einzug in den alten Kaufhof ist der richtige Weg. Rechtsstatus der Psychotherapeuten verbessern und die Ausbildung finanziell durch Krankenkassen absichern lassen. Ebenso die Ausbildungsangebote ausweiten.

Wie stellen Sie eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung mit wirksamer Gesundheitsprävention und ausreichenden Not- und Kurzzeitplätzen in der Pflege sicher?

Liste 1: CDU

Die CDU Offenbach setzt auf wohnortnahe Versorgung durch Prävention, Quartiersangebote und Unterstützung pflegender Angehöriger. Kommunal werden Rahmenbedingungen verbessert, während Land und Bund stärker in die Pflicht genommen werden, Pflegeplätze, Not- und Kurzzeitversorgung ausreichend zu finanzieren.

Liste 3: SPD

Wir sichern eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch starke kommunale Strukturen, Prävention und Kooperation mit Trägern. Wir bauen Pflegeangebote aus, stärken ambulante Pflege, fördern Kurzzeit- und Entlastungsplätze und unterstützen pflegende Angehörige, damit Versorgung und Hilfe im Quartier verlässlich verfügbar bleiben.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Durch den Aktionsplan gegen Kinderarmut konnten wir bereits ein Gesundheitscafé als kostenloses Angebot starten und wollen u.a. ein Gesundheitskiosk als Modellprojekt aufbauen. Die Pflegebedarfsplanung wird im Rahmen des Altenplans kontinuierlich weiterentwickelt. Wir wollen Pflegestützpunkte, Tages- und Kurzzeitpflege ausbauen und selbstorganisierte Wohn-Pflege-Gemeinschaften fördern. Pflegende Angehörige stärken wir.

Liste 5: FDP

Anreize statt kommunaler Übernahmen. Die Stadt soll aktiv bei der Ansiedlung von Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) unterstützen – etwa durch schnelle Genehmigungen, geeignete Flächen in Neubauquartieren und Kooperationen mit privaten Trägern. Die Stadt entwickelt eine kommunale Gesundheitsstrategie, die Prävention, Versorgung und Quartiersangebote bündelt.

Liste 6: Die Linke

Die Linke setzt auf kurze Wege, Prävention und eine Stärkung kommunaler Verantwortung. Hierfür braucht es auch eine Förderung und Miteinbeziehung lokaler Communities und wohnortnahe Angebote wie Workshops und Beratungen. Kurzzeit- und Notpflegeplätze sollen ausgebaut, Pflegekräfte besser und nach Tarifvertrag bezahlt und entlastet werden. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Liste 7: Freie Wähler

Wir wollen, dass Versorgung nah und praktisch bleibt: bessere Beratung rund um Pflege, mehr Unterstützung für ambulante Dienste und Entlastungsangebote. Prävention heißt auch: Hitzeschutz, Bewegung, weniger Einsamkeit. Für Not- und Kurzzeitpflege setzen wir auf bessere Zusammenarbeit mit Trägern und klare Steuerung.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir stärken wohnortnahe Gesundheitszentren (zB. durch Bereitstellung städtischer Räume, Vernetzung, Anreize etc.), fördern Haus- und Fachärzt*innen sowie Prävention in Kitas, Schulen und Quartieren. Pflegeplätze sichern wir durch kommunale Planung, bessere Arbeitsbedingungen, Kurzzeit- und Notfallpflege sowie die Unterstützung gemeinwohlorientierter Träger.

Liste 11: Volt

Wir vernetzen Prävention, ambulante Versorgung und Pflege stärker im Quartier. Gesundheitsangebote sollen wohnortnah stattfinden. Not- und Kurzzeitpflegeplätze wollen wir gezielt ausbauen und besser koordinieren, damit Pflegekrisen abgefedert und Angehörige entlastet werden. Prävention soll Versorgung langfristig sichern.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Flächendeckende Polikliniken nach dem DDR Model in Kombination mit dem schwedischen Modell einführen. Jeder Bezirk hat seine Poliklinik in der Gesundheitsprävention sowie die Möglichkeit der Notversorgung 24/7. Betten, die bei der Krankenhaus Reform frei werden, sollen umgewidmet werden für Not- und Kurzzeitplätze.

Themenblock

Wohnen

Mit welchen Konzepten wollen Sie bezahlbaren Wohnraum erweitern und Wohnungslosigkeit, einschließlich verdeckter Obdachlosigkeit, wirksam reduzieren?

Liste 1: CDU

Bezahlbarer Wohnraum soll durch aktive Quartiersentwicklung, Baulückenschließungen/ Aufbauten und Nutzung bestehender Immobilien entstehen. Wohnungslosigkeit wird präventiv durch soziale Infrastruktur, Ordnungspolitik und Hilfsangebote bekämpft. Die CDU lehnt Bauen um jeden Preis und die Umwandlung von Gewerbeflächen ab.

Liste 3: SPD

Wir bauen bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum aus: mit dem 10-Jahres-Wohnungsbauprogramm der GBO, Belegungsrechten und konsequentem Vorgehen gegen Leerstand. Wohnungslosigkeit bekämpfen wir mit Prävention, Beratung und neuen Angeboten wie dem barrierefreien Diakoniezentrum Gerber 15 mit Apartments, Clearingbetten und ambulanter Hilfe.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

30% geförderter Wohnraum in neuen Projekten/ GBO soll Bautyp E anwenden, um Baukosten zu senken./ Wohnungs-sicherungsstelle weiterführen / kommunale Strategie gegen Wohnungslosigkeit (Hilfsangebote wie Schuldnerberatung und psychosozialer Unterstützung) / Damit alle, denen Wohngeld zusteht, es beantragen und erhalten: Beratung stärken / Neubau Gerberstraße wurde mit zinslosem Darlehen unterstützt [hier wurde gekürzt]

Liste 5: FDP

Wir setzen auf Prävention: durch frühzeitige Beratung bei Mietschulden, auf Kooperation zwischen Ämtern, Jobcenter, freien Trägern und Vermietern sowie die neue Wohnungssicherungsstelle. Bezahlbaren Wohnraum schaffen wir durch marktwirtschaftliche Anreize und schnellere Verfahren. Wir wollen jenseits der klassischen Wohnberechtigung preisgedämpften Wohnraum für mittlere Einkommen schaffen.

Liste 6: Die Linke

Wir fordern einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, feste Sozialwohnungsquoten bei Neubauten und die Stärkung kommunaler Wohnungsunternehmen. Wohnungslosigkeit begegnen wir durch Prävention, Housing-First-Ansätze und bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Liste 7: Freie Wähler

Mehr bezahlbare Wohnungen durch Neubau und Sanierung im kommunalen Bestand, ohne Verdrängung. Leerstand und Zweckentfremdung gehen wir konsequenter an. Gegen Wohnungslosigkeit: frühzeitige Hilfe, engere Zusammenarbeit mit Trägern, feste Standards für Unterbringung und schnellerer Übergang in regulären Wohnraum.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir setzen auf kommunalen+gemeinwohlorientierten Wohnungsbau, Vorkaufsrechte, Begrenzung von Leerstand und Mietwucher sowie Zweckentfremdungsverbot. Wohnungslosigkeit bekämpfen wir durch Prävention, mehr Beratung und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum mit Privatsphäre, Bad, Küche, sicherer Lage+sozialer Betreuung (housing first)

Liste 11: Volt

Bezahlbarer Wohnraum und Wohnungslosigkeit müssen gemeinsam gedacht werden. Wir setzen auf eine aktive Steuerung städtischer Flächen, längere Sozialbindungen und die bessere Nutzung von Bestandswohnungen. Wohnungslosigkeit wollen wir durch frühe Mietschuldenberatung und Housing-First-Ansätze reduzieren, damit Menschen schnell wieder festen Wohnraum erhalten.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Neubau schafft kein Wohnraum, sondern erhöht nur das Mietniveau. Das genossenschaftliche Modell muss wieder seine alte Rechtsstellung erhalten und Vorrang vor privaten Bauträgern erhalten. Städtische Wohnungsbau-gesellschaften müssen gestärkt und transparent begleitet werden. Neue Heimat-Skandale müssen verhindert und Housing First flächendeckend eingeführt werden.

Wie wollen Sie gegen Mietwucher und die Verwahrlosung von Immobilien durch mangelnde Instandhaltung vorgehen?

Liste 1: CDU

Die CDU setzt auf konsequente Anwendung bestehenden Rechts: mehr Kontrollen durch Bau- und Ordnungsbehörden, Ahndung von Überbelegung, Verstößen gegen Bau- und Brandschutz sowie mangelnder Instandhaltung. Mietwucher wird als Vollzugsproblem verstanden, nicht als Regulierungsdefizit.

Liste 3: SPD

Wir gehen konsequent gegen Mietwucher und „Schrottimmobilien“ vor: AG Leistungsmissbrauch stärken, mehr Kontrollen, Vorgehen gegen kriminelle Vermieter. Zusätzlich: Zweckentfremdungsverbot, Ferienwohnungssatzung, Prüfung Leerstandsgesetz, kommunales Vorkaufsrecht bei Missständen sowie digitale Meldemöglichkeiten (Mängelmelder).

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Die von uns eingeführte Wohnungssicherungsstelle führen wir weiter. Sie berät Mieter bei Problemen mit Vermietern. Gemeinsam mit anderen zuständigen Behörden prüfen wir, wie wir Überbelegung und Mietwucher eindämmen können, die oft auch mit unfairen Arbeitsbedingungen zusammenhängen.

Liste 5: FDP

Die Verfolgung von Mietwucher ist Sache der Justiz. Wir sind gegen Leerstandsregelungen und Vermietungsverbote. Wir verstetigen die Bildung der AG Mieterschutz des Magistrats, die gebildet ist, um bei gravierenden Problemen gegen Eigentümer vorzugehen, die ihren elementaren Pflichten den Mietern gegenüber nicht nachkommen.

Liste 6: Die Linke

Die Linke will konsequent gegen Mietwucher vorgehen, Zweckentfremdung und Leerstand sanktionieren und Instandhaltungspflichten durchsetzen. Spekulativer Leerstand darf nicht länger hingenommen werden. Wir fordern eine eigene feste Stelle zur systematischen Analyse und Bekämpfung von Mietwucher und Wohnungsmissständen in der Stadtverwaltung. Nötig ist auch eine Leerstandssatzung.

Liste 7: Freie Wähler

Wer abkassiert oder Häuser verkommen lässt, soll stärker kontrolliert und zur Instandhaltung verpflichtet werden. Wir wollen eine gut erreichbare Stelle zum Melden von Missständen, mehr Prüfungen und ggf. Bußgelder und rechtliche Schritte. Dafür wird beim Bauamt eine Wohnungssicherungsstelle angesiedelt, die Meldungen bündelt, Kontrollen koordiniert und die Durchsetzung von Auflagen unterstützt. Betroffene sollen Beratung bekommen.

Liste 10: Tierschutzpartei

Durch konsequente Kontrolle und Durchsetzung der Mietpreisbremse, Bußgelder bei überhöhten Mieten und Zweckentfremdungsverbot. Bei vernachlässigten Immobilien fordern wir Instandhaltungspflichten, Förderungen für Sanierung, kommunales Eingreifen bei Leerstand und Unterstützung gemeinwohlorientierter Eigentümer*innen.

Liste 11: Volt

Gegen Mietwucher und verwahrloste Immobilien wollen wir vorhandene Regeln konsequenter anwenden. Mieterinnen und Mieter müssen niedrigschwellig beraten und Hinweise ernsthaft verfolgt werden. Bei mangelnder Instandhaltung setzen wir auf frühe Kontrollen, klare Fristen und notfalls Sanktionen, ergänzt durch Beratung und Förderangebote für notwendige Sanierungen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Den Willen und die Kapazität in der städtischen Verwaltung stärken, damit diese Auswüchse verhindert werden. Der rechtliche Rahmen ist da.

Wie unterstützen Sie den Bau von Azubiwohnheimen und unter welchen Bedingungen würden Sie diese betreiben?

Liste 1: CDU

Azubiwohnheime werden als Beitrag zur Fachkräftesicherung unterstützt. Die CDU Offenbach bevorzugt Kooperationen mit privaten oder genossenschaftlichen Trägern. Die Kommune soll Flächen bereitstellen, Genehmigungen beschleunigen und bei Fördermitteln unterstützen, nicht selbst als Betreiber auftreten.

Liste 3: SPD

Azubi-/Studierendenwohnen bauen wir mit Trägern aus (u.a. Alte Bahnpost, KWU-Areal). Ziel: dauerhaft bezahlbare Mieten und klare Belegungsbindung für Auszubildende/Studierende. Betrieb vorzugsweise über gemeinwohlorientierte Partner bzw. städtische Akteure, damit Standards, Betreuung und soziale Mischung gesichert sind.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir unterstützen Initiativen für mehr Azubiwohnen und möchten eine Stelle initiieren, welche sich um die Beschaffung und Vermittlung bezahlbaren Wohnraums für Azubis kümmert und verschiedene Beratungsangebote für Auszubildende bündelt. Zudem werden wir die Wohnbauförderrichtlinien anpassen, um u.a. den Bau von Azubiwohnheimen zu fördern.

Liste 5: FDP

Das Betreiben von Azubiwohnheimen sehen wir nicht als Aufgabe der Stadt oder den städtischen Gesellschaften. Wir sehen die Berufsverbände in der Mitverantwortung, Wohnraum für Berufsschüler zu organisieren. Das Gebiet rund um den Hauptbahnhof möchten wir zu einem urbanen Wohn-, Bildungs- und Kulturquartier entwickeln, auch für studentisches Wohnen. Da könnten auch Angebote für Azubis gelingen.

Liste 6: Die Linke

Azubiwohnheime sollen als Teil des geförderten Wohnungsbaus entstehen. Öffentliche Grundstücke sollen im Erbbaurecht an gemeinnützige Träger vergeben werden. Ziel sind dauerhaft niedrige Mieten und eine soziale Belegung.

Liste 7: Freie Wähler

Wir fördern Azubi-Wohnen über geeignete Grundstücke, schnellere Genehmigungen und Nutzung von Bestandsgebäuden. Wir setzen auf Partnerschaften mit Betrieben/Schulen. Betrieb nur mit dauerhaft fairen Mieten, guter ÖPNV-Anbindung, verlässlicher Hausverwaltung und klarer Belegung: Vorrang für Auszubildende.

Liste 10: Tierschutzpartei

Durch städtische Flächen, Fördermittel und Kooperationen mit Kammern und Trägern kann der Bau unterstützt werden. Wohnheime werden bezahlbar, barrierefrei und sozial betreut betrieben -nicht gewinnorientiert-, mit Gemeinschaftsflächen, sicherer Infrastruktur und Unterstützung für Ausbildung, Integration ins Quartier und soziale Vernetzung der Auszubildenden.

Liste 11: Volt

Azubiwohnheime wollen wir über kommunale Flächen, Erbbaurechte und Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften, Betrieben und Kammern ermöglichen. Der Betrieb soll nicht profitorientiert erfolgen, mit bezahlbaren Mieten und klarer Zweckbindung für Auszubildende. Gemeinschaftsräume und gute Anbindung sind dabei wichtig.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Mitarbeiter Wohnungen sind wieder ein wichtiges Mittel beim der Mitarbeitergewinnung. Größeren Firmen hatten eigene Wohnungsbaugesellschaften (z.B. Regina von Faber und Schleicher) Also muss ein Zusammenschluss von kleineren Unternehmen her, damit diese Aufgabe gestemmt werden kann. Dies ist eine Aufgabe von Firmen. Kann aber durch Bedingungen analog Genossenschaften unterstützt werden.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schaffung von inklusivem Wohnraum fördern, um den Bedarf nach barrierearmem Wohnraum zu decken?

Liste 1: CDU

Barrierefreier Wohnraum soll durch Standards bei Neubauten, Sanierungen und Quartiersplanung gefördert werden. Die CDU setzt auf inklusive Wohnformen im Quartier statt Sonderlösungen. Ziel ist selbstständiges Wohnen mit angebundener sozialer Infrastruktur und Kostenbewusstsein.

Liste 3: SPD

Mehr barrierearme/-freie Wohnungen schaffen wir durch Vorgaben und Förderung im Neubau, bei Aufstockung/Umnutzung und im städtischen Wohnungsbau (GBO-Programm). Zusätzlich entwickeln wir Konzepte für altersgerechtes Wohnen und Unterstützung beim Wohnungstausch, damit größere Wohnungen frei werden und der Bedarf an inklusivem Wohnraum gedeckt wird.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir setzen uns für barrierefreies, altersgerechtes und inklusives Wohnen ein. Wir passen die kommunale Wohnbauförderrichtlinien an, auch um mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Dazu gehört die Beratung zu Fördermöglichkeiten des Umbaus bestehender Gebäude sowie die verpflichtende Integration barrierefreier Infrastruktur in neuen Quartieren.

Liste 5: FDP

Wir begleiten aktiv den Kommunalen Aktionsplan Inklusion, der im Zusammenwirken vieler Akteure entsteht und weit fortgeschritten ist. Wir fordern dessen Umsetzung mit ausreichenden Mitteln. Die GBO wird weiterhin auch barrierearmen Wohnraum schaffen. Außerdem fördern wir genossenschaftliches Engagement, Mehrgenerationenhäuser sowie betreutes und begleitetes Wohnen.

Liste 6: Die Linke

Barrierearmer und inklusiver Wohnraum wird über verbindliche Vorgaben und Quoten im Neubau sowie bei Sanierungen gefördert. Menschen mit Behinderungen sollen bei der Wohnraumvergabe besonders berücksichtigt werden.

Liste 7: Freie Wähler

Wir machen Barrierefreiheit zum Standard im Neubau und fördern Umbauten im Bestand (Aufzüge, schwellenarme Zugänge, Bad-Umbau). Bei kommunalen Wohnungen planen wir barrierearme Grundrisse mit. Wichtig: Sanierung nur so, dass die Warmmiete bezahlbar bleibt, sonst droht Verdrängung.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir fördern inklusiven Wohnraum durch verbindliche Barrierefreiheitsstandards, gezielte Fördermittel für barrierearme Wohnungen, Anpassung bestehender Bestände, Anreize für Investoren und genossenschaftliche Projekte sowie enge Abstimmung mit Sozial- und Pflegeeinrichtungen, um Wohnraum für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu sichern.

Liste 11: Volt

Volt unterstützt inklusives, barrierearmes Wohnen. Bei Neubauten setzen wir auf barrierefreie Standards von Anfang an. Im Bestand fördern wir barrierearme Anpassungen vorrangig in städtischen Wohnungen oder mit freiwilligen Förderprogrammen für Private. Ziel ist, allen Bürger:innen alters- und behindertengerechten Wohnraum zu ermöglichen, ohne Private zu verpflichten.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Unsere Gesellschaft vergreist. Daher entsteht ein immer höherer Bedarf an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen. Dies ist schon bei Neubauten zu beobachten. Da im Altbestand dies schwierig ist, können hier kürzere Abschreibungsfristen für solche Wohnungen förderlich sein.

Themenblock

Gute Arbeit, Tarifbindung & soziale Sicherung

Welche sozialen und / oder ökologischen Vergabekriterien sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge angewandt werden? Wollen Sie in diesem Zusammenhang die Tarifbindung verankern?

Liste 1: CDU

Die CDU will bei Vergaben v. a. regionale Firmen fair berücksichtigen (Teillose prüfen) und „vergabefremde Kriterien“ ausdrücklich nicht einbeziehen. Zudem soll bei Aufträgen Schwarzarbeit ausgeschlossen werden. Eine Verankerung von Tarifbindung wird im Programm nicht vorgesehen/benannt.

Liste 3: SPD

Wir machen Tarifbindung, Mindestlohn und Mitbestimmung zum Maßstab: in allen kommunalen Unternehmen und Beteiligungen sowie bei Vergaben. Öffentliche Aufträge erhalten bevorzugt Unternehmen mit Tarifbindung und fairen Arbeitsbedingungen. In städtischen Gesellschaften streben wir flächendeckend Tarifbindung an. Bei öffentlichen Vergaben müssen ökologische Auswirkungen immer mit betrachtet werden

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Die Stadt beschafft Waren und Dienstleistungen im Wert von mehreren Millionen Euro. Über Ausschreibungen steuern wir, wo und bei wem zu welchen Bedingungen gekauft wird. Wir diesen Hebel in Zukunft stärker nutzen, um gute Arbeit (insbesondere Bezahlung nach Tarif), regionale Wertschöpfung und ökologischen Mehrwert zu fördern. Verstößen durch Subunternehmerketten wollen wir einen Riegel vorschieben.

Liste 5: FDP

Öffentliche Ausschreibungen der Stadt Offenbach sollen mittelstandsfreundlich gestaltet sein, damit lokale Unternehmen und Handwerksbetriebe realistische Chancen erhalten. Bei städtischen Vergaben enge Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen, geht teilweise zu Lasten der Rechtssicherheit, schreckt kleine Unternehmen als Bieter ab, führt zu komplizierteren Verfahren und höheren Kosten.

Liste 6: Die Linke

Die Linke fordert, dass die Stadt Offenbach vorangeht und konsequent soziale und ökologische Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt. Soziale Kriterien sollen Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sein. Zur Erfüllung ökologischer Standards sollen regionale und nachhaltige Anbieter bevorzugt werden.

Liste 7: Freie Wähler

Bei städtischen Aufträgen zählen Qualität, faire Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz und Umweltstandards. Wo rechtlich möglich, setzen wir Tariftreue durch. Wir prüfen Angebote stärker auf Folgekosten und Termintreue und belegen Schlechtleistung konsequent. Regionale Betriebe sollen bei gleicher Leistung bessere Chancen haben.

Liste 10: Tierschutzpartei

Unternehmen, die faire Löhne zahlen, tarifgebunden sind, sichere Arbeitsbedingungen bieten und Diversität fördern, sollen bevorzugt werden. Gleichzeitig müssen sie Umweltstandards umsetzen, energieeffizient, ressourcenschonend, abfallarm und CO₂-reduziert arbeiten.

Liste 11: Volt

Bei öffentlichen Aufträgen wollen wir verbindlich soziale (faire Löhne, Tarifbindung) und ökologische Kriterien (energieeffiziente, nachhaltige Materialien) berücksichtigen. Zusätzliche Kosten durch Tarifbindung sollen über Priorisierung im Haushalt, Gewerbesteuerrekorde (-135 Mio €) und Landes-/Bundesmittel gedeckt werden, ohne zentrale Daseinsvorsorge zu gefährden. Offenbachs angespannte Haushaltslage erfordert sparsame Planung.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Dies ist eine landespolitische oder bundespolitische Frage. Auf kommunaler Ebene wird das ja schon praktiziert, dass Ausschreibungen nur an tarifgebundene Firmen gehen. Bei ökologischen Vergabekriterien ist die Frage nach dem Fußabdruck der Firma oder des Projektes wichtig. Das ist oft eine Kostenfrage bei der Ausschreibung sowie der Auswahl der Firmen.

Wie wollen Sie gute Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen sichern, insbesondere mit Blick auf Personalbemessung, Entlastung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Liste 1: CDU

Die CDU will Stellenmehrungen kritisch auf Notwendigkeit/Bezahlbarkeit prüfen und Beschäftigte durch Digitalisierung, Bürokratieabbau, E-Akte/KI-Automatisierung entlasten. Zusätzlich sind Fortbildung und digitales Ideenmanagement vorgesehen.

Liste 3: SPD

Wir sichern gute Arbeitsbedingungen durch ausreichende Personalbemessung, moderne Arbeitsorganisation und Entlastung von Bürokratie. Flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und verlässliche Betreuungsangebote stärken die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Führung, Mitbestimmung und Qualifizierung bauen wir weiter aus.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Die Stadt ist Vorbild. Dazu gehören sichere Arbeitsverhältnisse, tarifliche Bindung und Mitbestimmung, genauso wie Gesundheit am Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Arbeitsleben mit Privatleben/Familie. Insbesondere die Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist uns ein Anliegen, wir setzen uns für mehr Kitaplätze ein.

Liste 5: FDP

Weiterentwicklung des Aktionsplans Vereinbarkeit Familie und Beruf mit verlässlichen Betreuungszeiten, flexiblen Randzeiten-Angeboten, Ferienbetreuung und Beratungsangeboten für Eltern. Unterstützung des Netzwerks Hilfen für Alleinerziehende.

Liste 6: Die Linke

Dass Offenbach die hessische Stadt mit der anteilig kleinsten Stadtverwaltung ist, ist ein Armutszeugnis. Funktionierende Verwaltung braucht eine ausreichende personelle Ausstattung und gute Arbeitsbedingungen. Die Personalbemessung muss sich an den Aufgaben (qualitativ und quantitativ) bemessen, es braucht Entlastung durch mehr Stellen und familienfreundliche Arbeitszeiten.

Liste 7: Freie Wähler

Damit Ämter gut funktionieren, braucht es genug Personal, klare Abläufe und gute Technik. Wir wollen Prozesse vereinfachen, digitale Angebote sinnvoll ausbauen und Mitarbeitende gezielt qualifizieren. Familienfreundliche Arbeitszeiten und Gesundheitsvorsorge gehören dazu - so bleiben Stellen attraktiver und Wartezeiten kürzer.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sichern gute Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen durch bedarfsgerechte Personalbemessung, um Überlastung zu vermeiden, gezielte Entlastung durch Digitalisierung und Prozessoptimierung sowie flexible Arbeitszeiten, Homeoffice und familienfreundliche Angebote. Weiterbildung und Gesundheitsförderung runden das Konzept ab.

Liste 11: Volt

Gute Arbeitsbedingungen erfordern eine realistische, evidenzbasierte Personalbemessung. Personalbedarf darf nicht auf subjektivem Empfinden beruhen, sondern auf regelmäßigen Bedarfsanalysen und überprüften Aufgabenprofilen. Prozessoptimierungen und Digitalisierung sollen Abläufe vereinfachen und Mitarbeitende entlasten. Flexible Arbeitszeiten und mobiles Arbeiten unterstützen zusätzlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Aufbrechen der Datensilos und konsequente Digitalisierung. Dadurch wird erheblich Kapazität frei, die Personalbemessung, Entlastung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Es muss aber verhindert werden, dass das zu Personalabbau führt.

Wie verbessern Sie den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, damit Menschen ihre Ansprüche unkompliziert und ohne Hürden wahrnehmen können?

Liste 1: CDU

Ziel sind „unkomplizierte Zugänge“: bessere Information über Leistungen (z. B. Wohngeld/Grundsicherung), Ausbau von Beratungs- und Schuldnerberatung sowie Stärkung sozialer Beratungsdienste. Politisch: Hilfe durch Beratung/Prävention statt neue Leistungsversprechen.

Liste 3: SPD

Wir verbessern den Zugang durch niedrigschwellige Beratung, klare Zuständigkeiten und Hilfe bei Anträgen - digital und persönlich. Sozialbüros in den Quartieren, Digitallotsen und verständliche Verfahren stellen sicher, dass Leistungen ankommen und niemand aus Unwissen oder Hürden auf Unterstützung verzichtet.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir ergänzen das Beratungsnetz, insbesondere damit alle, denen Wohngeld zusteht, dieses beantragen und erhalten. Wo möglich fördern wir behördenübergreifende Ansätze, die Dienstleistungen aus einer Hand ermöglichen. Die Jugendberufsagentur, eine Kooperation von MainArbeit, Agentur für Arbeit und Jugendamt ist hier ein Beispiel. Auch Unterstützungsangebote in Quartiersbüros fördern wir.

Liste 5: FDP

Wir setzen auf eine deutlich bessere Kommunikation aller sozialen Angebote - gebündelt und leicht zugänglich, etwa über die Offenbach App. Ausbau von Präventions- und Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in Kooperation mit freien Trägern.

Liste 6: Die Linke

Beratung und Antragstellung sollen vereinfacht, gebündelt und entstigmatisiert werden. Niemand soll aus Unwissenheit oder Angst vor Bürokratie auf Leistungen verzichten müssen. Eine Ausweitung der Mehrsprachigkeit bei den Angeboten ist ebenfalls von Vorteil.

Liste 7: Freie Wähler

Wir vereinfachen Anträge, erklären Leistungen verständlich und bieten Hilfe beim Ausfüllen, digital und vor Ort. Wir stärken Beratung (Schulden, Wohnen, Arbeit) und bauen eine Lotsen-Struktur aus, die Menschen durch Verfahren begleitet. Ziel: weniger Bürokratie, schnellere Entscheidungen, klare Zuständigkeiten.

Liste 10: Tierschutzpartei

Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen soll durch digitale Antragsmöglichkeiten, barrierefreie Beratungsstellen, mehr und gut geschulte Mitarbeitende, in möglichst vielen Sprachen, mobile Angebote in Quartieren und eine enge Vernetzung von Ämtern und sozialen Trägern gelingen, damit Menschen ihre Ansprüche einfach, schnell und ohne Hürden wahrnehmen können.

Liste 11: Volt

Wir bauen digitale Anträge in einfacher Sprache und mehrsprachig aus und schaffen zentrale Servicestellen als persönliche Anlaufpunkte. Digitale Angebote ergänzen die Beratung vor Ort und am Telefon. Unterstützende Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen bleibt verfügbar, damit niemand wegen Technik- oder Sprachbarrieren ausgeschlossen wird. Viele Menschen scheitern nicht am Anspruch, sondern an den Hürden im Verfahren. [hier wurde gekürzt]

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Alle Ansprüche in einer Stelle konzentrieren und online Beantragen ermöglichen. Das ist bisher nur halbherzig begonnen worden. Beantragung die nur abgeschickt werden kann, wenn alle Fragen und ausgefüllt und eine Bearbeitung dadurch möglich ist.

Wie gestalten Sie Erreichbarkeit und Digitalisierung der Ämter so, dass Verwaltungsleistungen gut zugänglich sind und niemand aufgrund fehlender technischer oder sprachlicher Ressourcen ausgeschlossen wird?

Liste 1: CDU

Die CDU Offenbach setzt auf ein „digitales Rathaus“ (Portal Hessen), Hessen-App/BundID, Anträge in Textform (z. B. E-Mail) und digitale Nachweise. Inklusion soll mitgedacht werden: einfache Bedienung, barrierefreie Websites/Apps, Vorlesefunktionen – damit niemand technisch ausgeschlossen wird.

Liste 3: SPD

Wir setzen auf digitale Angebote mit echtem Mehrwert und verlässliche Alternativen. Leistungen müssen online, telefonisch und vor Ort zugänglich sein. Digitallotsen, mehrsprachige Informationen und feste Ansprechpersonen stellen sicher, dass niemand wegen fehlender Technik, Sprache oder Erfahrung ausgeschlossen wird.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Bei der Digitalisierung geht es uns um Arbeitserleichterung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Entlastung von Routinearbeiten sowie den Abbau bürokratischer Verfahren und unnützer Rituale. Dies liegt im Interesse der Bevölkerung, der Wirtschaft, der sozialen Verbände und Dienstleister sowie der städtischen. Aber: Den Einwohner*innen soll auch der analoge Weg weiter offenstehen.

Liste 5: FDP

Für digital nicht affine, etwa ältere Bürger werden Lotsen eingeführt, die beim digitalen Verwaltungskontakt behilflich sind. Das gilt auch für Menschen ohne entsprechende technische Ausstattung.

Liste 6: Die Linke

Behördengänge sollten weitgehend digital möglich sein. Dies sehen wir auch als Beitrag zur Barrierefreiheit an, z.B. für Menschen mit körperlicher Behinderung. Digitalisierung darf persönliche Beratung aber nicht gänzlich ersetzen. Die Linke setzt auf barrierefreie, mehrsprachige Angebote und Angebote in einfacher Sprache, analoge Zugänge und ausreichendes Personal, damit niemand ausgeschlossen wird.

Liste 7: Freie Wähler

Online-Anträge und Terminbuchung bauen wir aus, aber es bleibt immer eine persönliche und telefonische Anlaufstelle. In Bürgerbüros richten wir Unterstützung ein (z.B. Service-Point) Infos in klarer Sprache und bei Bedarf mehrsprachig, damit niemand wegen Technik oder Sprache rausfällt.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir gestalten Ämter digital und vor Ort barrierefrei, mit mehrsprachigen Online-Anträgen, leicht verständlichen Formularen, persönlicher Unterstützung, mobilen Beratungsteams und Schulungen für Mitarbeitende. So bleiben Verwaltungsleistungen zugänglich, und niemand wird aufgrund fehlender Technik oder Sprachkenntnisse ausgeschlossen.

Liste 11: Volt

Wir bauen digitale Anträge in einfacher Sprache und mehrsprachig aus und schaffen zentrale Servicestellen als persönliche Anlaufpunkte. Digitale Angebote ergänzen die Beratung vor Ort und am Telefon. Unterstützende Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen bleibt verfügbar, damit niemand wegen Technik- oder Sprachbarrieren ausgeschlossen wird.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Es gibt ein Recht auf ein analoges Leben. Das muss auch bei Ämtern gelten. Für alle, die mit der Digitalisierung nicht zurecht kommen, muss es eine Anlaufstelle geben. Wegen komplizierteren Verwaltungsverfahren kommt die Digitalisierung nicht in die Gänge. Viel Arbeitskraft wird unnötig vergeudet. Wenn die Hintergrundarbeit in der Verwaltung digitalisiert wird, bleibt mehr Zeit für die Menschen.

Themenblock

Bildung, Kultur, Jugend &

Teilhabe

Wie sichern und stärken Sie Kinder- und Jugendangebote sowie offene Jugendarbeit insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren?

Liste 1: CDU

Die CDU stärkt Kinder- und Jugendarbeit durch Ausbau der Schulsozialarbeit, gezielte Förderung von Schulen und Angeboten in benachteiligten Quartieren sowie Kooperationen mit Vereinen, Jugendhilfe und Ehrenamt. Prävention, frühe Unterstützung und stabile soziale Netzwerke stehen im Mittelpunkt.

Liste 3: SPD

Wir sichern offene Jugendarbeit dauerhaft und bauen Angebote besonders in sozial benachteiligten Quartieren aus. Jugendzentren, Stadtteilbüros und aufsuchende Arbeit werden gestärkt. Prävention, Beteiligung von Jugendlichen und verlässliche Finanzierung haben Priorität, damit junge Menschen echte Perspektiven haben.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Im Bereich Jugend- und Familienzentren wird es mit uns keine Kürzungen geben, denn sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung im Alltag und der Freizeitgestaltung. Aufsuchende Jugendarbeit wollen wir in ganz Offenbach weiter stärken, als niederschwelliges Angebot für alle Kinder und Jugendlichen.

Liste 5: FDP

Präventive Jugendarbeit und sozialräumliche Angebote sind vielerorts unterfinanziert. Es fehlen sichere Orte, attraktive Treffpunkte und „Third Places“ für Jugendliche jenseits von Konsum. Ausbau von Schulsozialarbeit insbesondere in belasteten Quartieren und Schulen mit hohem Unterstützungsbedarf. Schulen und Kitas erhalten Unterstützung für Outdoor-Klassen.

Liste 6: Die Linke

Jugendzentren, (selbstverwaltete) Jugendtreffs, Schulsozialarbeit und Freizeitangebote sollen ausgebaut statt gekürzt werden. Insbesondere fordern wir einen Ausbau von Sozialarbeiter*innenstellen in der aufsuchenden Jugendarbeit, mehr öffentliche Spiel- und Sportplätze sowie freien Eintritt ins Schwimmbad, Museen und Theater für Kinder und Jugendliche.

Liste 7: Freie Wähler

Jugendarbeit muss verlässlich sein: offene Treffs, Sport, Kultur und Angebote, die Jugendliche wirklich nutzen. Gerade in schwierigen Stadtteilen braucht es mehr Präsenz durch Streetworker (aufsuchende Jugendarbeit), gute Ausstattung und Unterstützung, bevor Probleme groß werden - das haben wir bereits früher beantragt. Wir wollen, dass junge Menschen Perspektiven bekommen: durch Bildung, Ausbildung und echte Teilhabe.

Liste 10: Tierschutzpartei

Dafür braucht es eine ausreichende und regelmäßige Finanzierung, Ausbau von Jugendzentren und Quartiersprojekten, qualifiziertes Personal, flexible Öffnungszeiten und niedrigschwellige Angebote. Besonders in sozial benachteiligten Quartieren sollte Beratung, Freizeit, Bildung und Partizipation gefördert werden, um soziale Teilhabe zu sichern.

Liste 11: Volt

Wir wollen Kinder- und Jugendangebote besonders über Stadtteilbüros in Quartieren wie Mathildenviertel, Lauterborn und Bieber stärken. Wir wollen mehrsprachige Beratung, aufsuchende Jugendarbeit und enge Zusammenarbeit mit Schulen, Vereinen und Trägern ausbauen. Angebote sollen gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt und langfristig abgesichert werden.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Jugendangebote beginnen bei den Pfadfindern, in den religiösen Gemeinden, in den Vereinen. Wenn in Quartieren diese nicht angenommen wird, aus finanziellen Gründen oder wegen mangelnder Verankerung, müssen Jugendclubs halt städtisch organisiert werden.

Welche qualitativen und personellen Standards in Kitas und bei der Umsetzung des Ganztagsanspruchs an Grundschulen wollen Sie festschreiben und finanzieren?

Liste 1: CDU

Die CDU fordert qualitativ hochwertigen Ganzttag mit klaren Standards bei Betreuungsschlüsseln, Personalqualifikation und Verlässlichkeit. Der Ausbau soll bedarfsorientiert erfolgen, sozial belastete Stadtteile priorisieren und gemeinsam mit Land und Bund dauerhaft finanziert werden.

Liste 3: SPD

Wir setzen auf verbindliche Qualitätsstandards in Kitas und Ganzttag: gute Fachkraft-Kind-Schlüssel, multiprofessionelle Teams, verlässliche Öffnungszeiten und Zeit für pädagogische Arbeit. Wir schaffen zusätzliche Plätze, sichern Personalgewinnung und finanzieren den Ganzttag dauerhaft gemeinsam mit Land und Bund.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir ermutigen Grundschulen auf dem Weg zur verpflichtenden Ganzttagsschule bis mindestens 15 Uhr - womit Schulen auch mehr Geld für Personal vom Land erhalten. Als Stadt unterstützen wir die Schulen mit 500,- je Kind und Schuljahr. Für Offenbachs Kitas wollen wir perspektivisch eine Reduktion der Gruppengröße auf 22 Kinder für mehr Qualität und gute Arbeitsbedingungen in Kitas.

Liste 5: FDP

Moderne Gebäude, gut ausgestattete Lernumgebungen und verlässliche Ganzttagsangebote. Ganzttag soll heißen: pädagogisch sinnvoll, verlässlich organisiert und in enger Kooperation mit Jugendhilfe, Vereinen und freien Trägern. Jedes Kind, dessen Eltern es wünschen, soll einen Platz in der Kita bekommen, mit frühen Sprach- und Förderangeboten als Grundlage für späteren Schulerfolg.

Liste 6: Die Linke

Die Linke fordert verbindliche Personalschlüssel, gute Arbeitsbedingungen und kostenfreie Bildung. Der Ganztagsanspruch darf nicht zulasten der Qualität gehen und muss ausreichend finanziert werden.

Liste 7: Freie Wähler

Verlässlichkeit hat Vorrang: Springkräfte-Pool gegen Ausfälle, klare Mindeststandards bei Gruppengröße und Betreuungsschlüssel (im Rahmen der Zuständigkeiten), plus Fortbildung. Ganzttag nur mit Konzept, Räumen und genügend Fachkräften. Gebäude sanieren wir planbar, damit Betreuung nicht an Raum und Personal scheitert.

Liste 10: Tierschutzpartei

Uns sind folgende Standards wichtig: Qualitative Standards wie Bildungs- und Förderkonzepte, Lernmaterialien, Raumgestaltung, Sprach- und Sozialförderung, pädagogische Leitlinien. Personelle Standards wie Fachkraft-Kind-Verhältnis, Qualifikation, Fortbildung, Kontinuität und Supervision

Liste 11: Volt

Wir wollen in Kitas feste Betreuungsschlüssel (U3 max. 1:3, Ü3 max. 1:7), Leitungsfreistellung, multiprofessionelle Teams (Erzieher:innen, Sozialarbeit, Inklusionskräfte) und verbindliche Fortbildung. Der Ganzttag braucht pädagogische Konzepte statt reiner Verwahrung. Finanzierung über kommunale Prioritäten sowie Landes- und Bundesmittel.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Der Ganztagsbetreuungsanspruch ist nur eine Aufbewahrungsgarantie. Wenn die Betreuung Bildung enthält, können die Eltern froh sein. In Offenbach gibt es viel zu wenig Fachleute in der Ganztagsbetreuung. Die hohe Quote an Hilfskräften gefährdet den Erfolg der Bildung. Die Finanzierung muss von Bund gewährleistet werden, da er sie eingeführt hat.

Wie wollen Sie Bildungsgerechtigkeit herstellen, damit Herkunft und Einkommen der Eltern nicht länger über Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen entscheiden?

Liste 1: CDU

Bildungsgerechtigkeit soll durch stärkere Förderung benachteiligter Schulen, Mittelverteilung nach Sozialindex, Ausbau von Sprach- und Förderprogrammen, Schulsozialarbeit sowie kostenreduzierte Bildungs- und Freizeitangebote erreicht werden. Ziel ist echte Chancengleichheit unabhängig vom Elternhaus.

Liste 3: SPD

Wir stellen Bildungsgerechtigkeit durch frühe Förderung, kostenfreie Bildungsangebote, starke Kitas, verlässlichen Ganztags und gezielte Unterstützung in benachteiligten Quartieren her. Mit dem Aktionsplan gegen Kinderarmut, Schulsozialarbeit, Lernförderung und Beteiligung sichern wir gleiche Chancen - unabhängig vom Elternhaus.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Den beschlossenen Aktionsplan gegen Kinderarmut müssen wir finanziell stärken, damit mehr Kinder Zugang zu guter Bildung, Kultur, Sport usw. erhalten.

Wir setzen uns außerdem für kostenfreie Angebote ein:

- In Museen haben Kinder und Jugendliche bereits freien Eintritt, das wollen wir auch für das Waldschwimmbad.
- fahrscheinfreie Tage
- Mit Station Mitte entsteht ein neuer Bildungsort für alle

Liste 5: FDP

Mittel aus dem Startchancen-Programm des Bundes und der Länder sollen konsequent eingesetzt werden, um besonders belastete Schulen zu stärken, Bildungsgerechtigkeit zu verbessern und den Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg zu verringern.

Liste 6: Die Linke

Kostenfreie Kitas und Mittagessen sowie gezielte Förderung in benachteiligten Stadtteilen sind zentrale Maßnahmen, um Bildungsungleichheit abzubauen. Bildungsorte brauchen eine gute sachliche und personelle Ausstattung, kostenlose digitale Lernmittel und Selbstlernräume. Kinder und Jugendliche sollten über den leistungsorientierten Schulunterricht hinaus gefördert werden und Unterstützung bei Krisen erfahren.

Liste 7: Freie Wähler

Wir starten früh: Sprachförderung in Kita und Grundschule, mehr Schulsozialarbeit und Lernförder-Angebote. Digitale Ausstattung muss überall funktionieren (Geräte, WLAN, Support). Übergänge begleiten wir aktiv: Beratung, Praktika und Ausbildungsvermittlung in Zusammenarbeit mit Betrieben, damit Chancen nicht vom Elternhaus abhängen.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir fördern Bildungsgerechtigkeit durch kostenlose Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung, flächendeckende Ganztagsangebote, zusätzliche Förder- und Sprachprogramme, individuelle Unterstützung für benachteiligte Kinder, Chancengleichheit bei digitalen Medien, gezielte Berufsorientierung sowie Zusammenarbeit von Schulen, Vereinen und sozialen Trägern.

Liste 11: Volt

Offenbach kann Bildungsgerechtigkeit nicht allein sicherstellen - Bund und Land müssen dafür Mittel bereitstellen. Wir wollen trotzdem unterstützen: mehr Sprachkurse in der VHS, Ausbau von außerschulischen Lernorten wie Station Mitte und Bibliotheken, die jungen Menschen ruhige Lernplätze und individuelle Förderung ermöglichen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Bildungsgerechtigkeit gibt es nicht. Gemeinsamer Unterricht bis zur 6. Klasse würde helfen. Integrierte Gesamtschulen ebenfalls. Die intrinsische Motivation kann nicht verordnet werden. Bildungsangebote sollten aber allen zugänglich sein. Wenn Eltern nicht helfen, wird es schwierig. Bildung muss im Bundes- und Landeshaushalt eine viel höhere Priorität bekommen.

Wie gewährleisten Sie einen gerechten und inklusiven Zugang zu kulturellen Angeboten und bezahlbaren Räumen für alle, sowie für Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen?

Liste 1: CDU

Die CDU setzt auf barrierefreien Zugang zu Kultur, Museen und Bibliotheken sowie auf bezahlbare Räume für Vereine und Initiativen. Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und bestehende Kulturorte sollen gestärkt werden. Teilhabe soll niedrigschwellig, inklusiv und generationenübergreifend sein.

Liste 3: SPD

Wir sichern kulturelle Teilhabe durch bezahlbare und barrierearme Räume, transparente Vergabe und langfristige Nutzungsverträge für Vereine und Initiativen. Stadtteilkultur, freie Szene und Ehrenamt stärken wir gezielt, bauen niedrigschwellige Angebote aus und unterstützen Orte der Begegnung, damit Kultur für alle zugänglich bleibt.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir setzen uns schon länger für ein „Haus der Vereine“ ein, in dem Gruppen ein Zuhause finden. In den Stadtteilbüros gibt es bereits Platz, um sich zu treffen, daher sollen weitere Quartiersbüros entstehen. Perspektivisch sollen in allen Stadtteilen kostengünstige Räume für kulturelle Angebote entstehen. Daher prüfen wir systematisch, ob die Stadt Räume kostengünstig vergeben kann.

Liste 5: FDP

Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Sozialpolitik enger verknüpfen - insbesondere in der Innenstadt. Die Station Mitte wollen wir zu einem offenen Kultur- und Bildungszentrum machen: Bibliothek, Veranstaltungsräume, Medienwerkstatt und Flächen für Initiativen unter einem Dach. Bürokratie für Vereine abbauen: vereinfachte Verfahren für Sicherheitskonzepte, Genehmigungen und Förderanträge.

Liste 6: Die Linke

Kulturelle Angebote sollen für alle zugänglich und bezahlbar sein. Die Linke setzt sich für öffentliche Räume ohne Konsumzwang sowie für die Unterstützung von Vereinen und Initiativen ein. Die Linke fordert zudem ein Haus der Vereine mit integrierten Veranstaltungsräumen.

Liste 7: Freie Wähler

Wir halten Kultur und Sport bezahlbar: faire Gebühren, mehr nutzbare Zeiten und bessere Instandhaltung von Anlagen. Vereine und Initiativen unterstützen wir transparent - mit Räumen, einfacher Förderung und klaren Regeln. Barrierefreiheit und gute Erreichbarkeit gehören dazu, damit alle teilnehmen können.

Liste 10: Tierschutzpartei

Dies ist möglich, indem wir barrierefreie und bezahlbare Kulturorte schaffen, kommunale Räume für Vereine, Initiativen und selbstorganisierte Gruppen bereitstellen, Fördermittel transparent vergeben und Programme für alle Alters- und Sozialgruppen entwickeln, um Teilhabe und Vielfalt zu sichern.

Liste 11: Volt

Volt möchte die Implementierung eines EU-Welcome-Desks erreichen. Was ist eigentlich ein EU-Welcome-Desk? Es ist ein Ort für EU-Bürger, die aktiv am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben eines anderen EU-Landes, wie Deutschland, teilnehmen können. Er bietet insbesondere Hilfe bei bürokratischen Aspekten, wie der Gründung von Vereinen, Organisationen und Initiativen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

„Gerecht“ ist ein schwieriger Begriff. Das hängt alles am Geld. Ein Oper- und Schauspielabo in Ffm sponsert den Besitzer exorbitant. Es ist also die Frage, wer verteilt das Geld und was ist kulturell? Die Interessen sind sehr unterschiedlich. Sollen wir abwägen: Jugendzentrum gegen Schauspielhaus? Hochkultur gegen Underground? Wir unterstützen alles aus dem gleichen Etat, obwohl der nicht alles hergibt.

Themenblock Demokratie, Vielfalt, Antidiskriminierung & Engagement

Wie stärken Sie Gleichstellung, Vielfalt und wirksame Strukturen gegen Diskriminierung und Extremismus?

Liste 1: CDU

Die CDU Offenbach stärkt Vielfalt durch Inklusion, Prävention und Ordnungspolitik. Extremismus wird mit klarer Haltung, Präventionsarbeit, politischer Bildung und konsequentem Rechtsstaat bekämpft. Teilhabe soll über Bildung, Ehrenamt und Vereine ermöglicht werden, nicht durch ideologische Sonderstrukturen.

Liste 3: SPD

Wir stärken Gleichstellung und Vielfalt durch klare politische Prioritäten, Förderung von Beratungs- und Meldestrukturen gegen Diskriminierung sowie konsequente Präventionsarbeit. Demokratieförderung, politische Bildung und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen sind zentrale Bausteine im Kampf gegen Extremismus.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Eine Antidiskriminierungsstelle haben wir bereits und wollen sie stärken mit einem konkreten Aktionsplan. Ergänzend soll ein Amt für Chancengerechtigkeit geschaffen werden, das intersektional arbeitet. Dass Offenbach vielfältig ist, soll sich stärker in der Erinnerungskultur widerspiegeln. Erste Ansätze, wie thematische Ausstellungen, gibt es bereits in städtischen Kulturinstitutionen.

Liste 5: FDP

Wir machen Offenbach am Main als Marke für Offenheit, Vielfalt, Kreativität und Zusammenhalt sichtbar, auf Veranstaltungen, in Kampagnen, im Stadtbild und im digitalen Raum. Wir lehnen Diskriminierung entschieden ab. Zugleich erwarten wir die Bereitschaft zur Integration und Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Verfassung. Wir werden deutlich machen: Gleichstellung bedeutet nicht Gleichmachen.

Liste 6: Die Linke

Wir fordern den Ausbau der Offenbacher Antidiskriminierungsstelle, der Gleichstellungsarbeit und präventiver Bildungsangebote. Die Linke tritt entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Extremismus auf. Insbesondere müssen Benachteiligung und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt endlich systematisch bekämpft werden.

Liste 7: Freie Wähler

Respekt und Sicherheit gehören zusammen. Wir setzen auf klare Regeln und konsequentes Handeln gegen Diskriminierung und Extremismus, verbunden mit Prävention, besonders bei Jugendlichen. Dazu gehören Bildungs- und Aufklärungsprojekte, stärkere Jugend- und Sozialarbeit und verlässliche Ansprechstellen.

Liste 10: Tierschutzpartei

Es müssen verbindliche Antidiskriminierungsrichtlinien geschaffen werden, ausserdem gezielte Förderprogramme für benachteiligte Gruppen, Schulungen für Verwaltung und Bildungseinrichtungen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Extremismus bekämpfen wir immer auch mit Prävention, Aufklärung und niedrigschwelligen Beratungsangeboten.

Liste 11: Volt

Wir wollen Gleichstellung und Vielfalt fördern, indem Stadtteilbüros und Bildungsorte mehrsprachige Beratung anbieten und diskriminierungssensible Programme entwickeln. Wir wollen Jugendprojekte, Kulturangebote und Workshops gegen Extremismus ausbauen, lokale Netzwerke stärken und die Diskriminierungsbeauftragten weiter stärken, um Beteiligung, Respekt und Prävention vor Ort wirksam zu verankern.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Dies ist ein Bildungsproblem. Patriarchalische Strukturen und Vorurteile sind in vielen Kulturen verankert, auch in Offenbach und in mehreren Parteien und sind oft nicht bewusst. Die bereits vorhandenen Mechanismen wie Gleichstellungsbeauftragte, Antidiskriminierungsbeauftragte u.ä. bleiben unwirksam, wenn die Kultur nicht dahintersteht. Hier müssen wir alle fordern, Deutsche und Migranten.

Wie wollen Sie die Repräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen verbessern? Wie stellen Sie sicher, dass kommunale Maßnahmen zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit führen?

Liste 1: CDU

Die CDU setzt auf gleiche Chancen durch transparente Auswahlverfahren, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Fortbildung. Geschlechtergerechtigkeit soll durch strukturelle Rahmenbedingungen erreicht werden, nicht durch starre Quoten. Leistung und Qualifikation stehen im Vordergrund.

Liste 3: SPD

Der Frauenanteil in den Topetagen kommunaler Unternehmen ist in Offenbach im Bundesvergleich einer der höchsten. Wir wollen uns nicht darauf nicht ausruhen und werden diese Entwicklung weiterhin aktiv unterstützen. Wir fördern den Ausbau von Beratung und Unterstützung. Kommunale Maßnahmen richten wir konsequent an Geschlechtergerechtigkeit aus, indem wir die Istanbul-Konvention in Offenbach konsequent umsetzen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

In der SOH waren über einen längeren Zeitraum die Geschäftsführer*innen in der Mehrzahl weiblich. Damit das keine vorübergehenden Phänomene bleiben, wollen wir Mentoring-Projekte stärken. Bei kommunalen Entscheidungen sollen unterschiedliche Auswirkungen beachtet werden - durch Gender Mainstreaming, Gender Planning und Gender Budgeting. Die Fraktionsvorsitzenden im Stadtparlament sind überwiegend weiblich!

Liste 5: FDP

Führungspositionen sollen an die bestqualifizierten Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden. Wir begleiten und unterstützen das Frauenbüro der Stadt Offenbach am Main in seinem Auftrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Liste 6: Die Linke

Wir sehen feministische Kommunalpolitik als Querschnittsaufgabe. Die Linke setzt auf verbindliche Gleichstellungsstrategien, transparente Besetzungsverfahren und die Förderung von Frauen in Führungspositionen in kommunalen Einrichtungen.

Liste 7: Freie Wähler

Wir machen Karrierewege transparenter und fördern gezielt: Mentoring, Fortbildung und planbare Entwicklungsgespräche. Vereinbarkeit verbessern wir durch flexible Arbeitsmodelle und verlässliche Dienstplanung. In städtischen Beteiligungen setzen wir auf klare Standards für Auswahlverfahren und Zielquoten, wo rechtlich möglich.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir verbessern die Repräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen durch quotierte Besetzungen, Mentoring, Weiterbildungen und transparente Berufungsverfahren. Kostenfreie und verlässliche Kinderbetreuung ist hierfür sehr wichtig! Kommunale Maßnahmen begleiten wir mit Monitoring und Evaluation, um echte Geschlechtergerechtigkeit sicherzustellen.

Liste 11: Volt

Offenbach hat bereits eine Frauenquote für Führungspositionen. Wir wollen diese beibehalten, auch wenn sie nicht die alleinige Lösung ist. Außerdem wollen wir weiterhin die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle unterstützen und auf bestehende Maßnahmen achten, um Geschlechtergerechtigkeit nachhaltig umzusetzen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

In der Offenbacher Stadtverwaltung ist dies nicht so ein Problem. Für Privatwirtschaft greift das Hessische Gleichstellungsgesetz, auf das die Kommunalpolitik keinen Einfluss hat. Allerdings sind patriarchalische Strukturen in unserer Kultur noch tief verwurzelt und vielen Männern oft nicht bewusst. Wir verweisen daher wieder auf bessere Bildung und kritische Selbsthinterfragung.

Welche Strategie verfolgen Sie im Umgang mit Antisemitismus und zur nachhaltigen Unterstützung jüdischen Lebens und sensibler Bildungsarbeit vor Ort?

Liste 1: CDU

Antisemitismus wird entschieden bekämpft durch Prävention, Bildungsarbeit, Erinnerungskultur und konsequente Strafverfolgung. Die CDU unterstützt jüdisches Leben durch Schutz, Aufklärung und Zusammenarbeit mit Schulen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Liste 3: SPD

Wir treten Antisemitismus entschieden entgegen - durch Prävention, klare Haltung und konsequentes Handeln. Jüdisches Leben unterstützen wir durch Schutz, Förderung von Bildungs- und Begegnungsprojekten sowie enge Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinden, Schulen und Initiativen vor Ort.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Mit der Antidiskriminierungsstelle haben wir eine Anlaufstelle gegen jegliche Diskriminierungsformen geschaffen. Wir wollen nun einen erweiterten Aktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, verankert bei der Antidiskriminierungsstelle, der sich auch mit Antisemitismus befasst.

Liste 5: FDP

Jede Form des Antisemitismus wird von uns strikt abgelehnt. Die Freien Demokraten schließen sich der IHRA-Antisemitismus-Definition an. Wir verachten alles, was sich in Wort oder Tat gegen jüdische Personen, deren Eigentum sowie gegen jüdische Institutionen oder religiöse Einrichtungen richtet und schützen sie. Wir unterstützen die Gemeinde in ihrem Weg des Austauschs mit und der Offenheit gegenüber der nichtjüdischen Stadtgesellschaft.

Liste 6: Die Linke

Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. Wir fordern die Verstärkung präventiver und aufklärerischer Maßnahmen gegen alltäglichen Antisemitismus unter anderem durch regelmäßige Fortbildungen für Verwaltung, Polizei und Schulen. Wir fördern zudem die Erinnerungspolitik und unterstützen Formate wie die Pflege von Stolpersteinen und Zeitzeugengespräche.

Liste 7: Freie Wähler

Antisemitismus hat keinen Platz, weder auf der Straße noch in Schulen. Wir stärken Schutz und klare Meldestrukturen und unterstützen Bildungsarbeit an Schulen und in der Jugendarbeit. Projekte, die Wissen vermitteln und Vorurteile abbauen, fördern wir gezielt. Betroffene sollen schnell Hilfe bekommen - über verlässliche Anlaufstellen und Kooperationen.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir setzen auf Aufklärung, Bildung und Dialog, um Antisemitismus zu bekämpfen, und unterstützen jüdisches Leben durch Förderung, sichere Räume und Vernetzung. Sensible Bildungsarbeit in Schulen und Quartieren stärkt Toleranz, Respekt und zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig.

Liste 11: Volt

Volt will Antisemitismus vorbeugen, indem wir mehr Bildungsangebote zur Aufklärung über den Holocaust und seine Folgen fördern. Wir wollen präventive Workshops in Schulen und außerschulischen Einrichtungen ausbauen und öffentliche Informationsarbeit stärken, damit Vorurteile abgebaut und demokratische Werte vermittelt werden.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

In der Frage ist ja schon die Antwort „Bildungsarbeit“ enthalten. Diese muss schon in den Schulen anfangen. Dies ist schwierig, weil es in vielen Kulturen Antisemitismus gibt. Eine Maßnahme sind Dialogveranstaltungen und Begegnungen.

Wie sichern Sie demokratische Beteiligung und politische Bildung für alle, einschließlich armutsbetroffener, behinderter und migrierter Menschen. Welche Schritte planen Sie zur Weiterentwicklung kommunaler Wahlrechte und zur Förderung der Integration?

Liste 1: CDU

Die CDU stärkt politische Bildung, niedrigschwellige Beteiligung und barrierefreie Zugänge zu Verwaltung und Information. Integration soll durch Bildung, Sprache, Arbeit und Ehrenamt gelingen. Demokratische Teilhabe wird gefördert, ohne kommunale Wahlrechte auszuweiten.

Liste 3: SPD

Wir stärken demokratische Beteiligung durch niedrigschwellige Beteiligungsformate, Quartiersarbeit, Bürgerdialoge und politische Bildung für alle Altersgruppen. Barrierefreie Zugänge, Mehrsprachigkeit und analoge Angebote sind uns wichtig. Auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns für eine Weiterentwicklung kommunaler Wahlrechte ein.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

-Wir fordern aktives Wahlrecht für alle, die in Offenbach wohnen
-Demokratiebildung von Anfang an: Beispielsweise durch Projekte ab der Kita bis zum Erwachsenen und Teilnahme an demokratischen Prozessen und Entscheidungen.
-Wir werden städtischen Fördertopf für zivilgesellschaftliche Projekte der politischen Bildung und der Erinnerungskultur schaffen

Liste 5: FDP

Bürgerbeteiligung soll verbindlich, planbar und niedrigschwellig sein: Leitlinien und eine zentrale Service- und Beratungsstelle bilden die Grundlage. Klar geregelte Beteiligungsprozesse können Transparenz, Vertrauen und eine dauerhafte Beteiligungskultur schaffen. Ziel ist eine Beteiligung, die früh beginnt, ergebnisoffen ist und deren Ergebnisse sichtbar in politische Entscheidungen einfließen.

Liste 6: Die Linke

Städtische Veröffentlichungen müssen in einfacher und mehreren Sprachen angeboten werden. Politische und Erwachsenenbildung müssen allen zur Verfügung stehen. Wichtig sind uns zudem die Förderung von Stadtteilinitiativen und die Einrichtung von Quartiersräten. Das Wahlrecht sollte für alle Offenbacher*innen ab 16 Jahren, unabhängig der Staatsangehörigkeit gelten. Alle Wahllokale müssen barrierefrei sein.

Liste 7: Freie Wähler

Beteiligung muss einfach sein: Stadtteilforen, barrierefreie Veranstaltungen, digitale Beteiligung plus Papier-/Vor-Ort-Option. Infos in klarer Sprache. Politische Bildung stärken wir über Schulen, Vereine und Begegnungsformate. Integration fördern wir über Sprach- und Beratungsangebote, damit Teilhabe im Alltag gelingt.

Liste 10: Tierschutzpartei

Durch barrierefreie Informationen, niedrigschwellige Beteiligung und politische Bildung in Schulen und Quartieren sichern wir demokratische Teilhabe. Wir prüfen kommunale Wahlrechte für langjährig hier lebende Migrant*innen und fördern Integration durch Sprachkurse, Beratung, Patenschaften und Mentoring sowie Einbindung in Bürgerräte und lokale Entscheidungen.

Liste 11: Volt

Die Sprachbarriere und der Zugang zu Informationen ist meist die größte Hürde, die es zu überwinden gilt. Die Schulen sind ein erster und sehr wichtiger Ort um diese Informationen weiterzugeben. Andere Altersklassen dürfen nicht vergessen werden und werden zB durch den Welcome Desk angesprochen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Wir können dies als kleine Oppositionsfraktion nicht „sichern“. Wir werben dafür, Bildungsangebote in verschiedenen Gruppierungen bekannt zu machen und dazu motivieren, sie wahrzunehmen. Wir suchen das Gespräch mit diesen Menschen, um ihre Bedürfnisse zu verstehen und mit ihnen zusammen ihre Rechte zu vertreten. Das kommunale Wahlrecht war schon immer eine Ofa-Forderung, allerdings ist hier eine Änderung des Grundgesetzes nötig, die wir schon lange fordern. [hier wurde gekürzt]

Wie wollen Sie Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement strukturell stärken und zugleich verhindern, dass Lücken in der sozialen Infrastruktur durch die Verlagerung kommunaler Aufgaben auf Freiwillige kaschiert werden?

Liste 1: CDU

Ehrenamt wird durch Anerkennung, Beratung, Digitalisierung und Entlastung gestärkt. Die CDU betont klar: Ehrenamt ergänzt staatliche Aufgaben, ersetzt sie nicht. Kommunale Verantwortung für soziale Infrastruktur bleibt Kernaufgabe der öffentlichen Hand.

Liste 3: SPD

Wir stärken Ehrenamt und Zivilgesellschaft durch verlässliche Förderung, gute Infrastruktur, Qualifizierung und Anerkennung. Ehrenamt ergänzt staatliches Handeln, ersetzt es aber nicht. Kommunale Aufgaben bleiben in öffentlicher Verantwortung. Engagement braucht Unterstützung - keine Überforderung oder Verlagerung von Pflichtaufgaben.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Es braucht klare Abgrenzungen und genug Geld, um soziale Aufgaben zu finanzieren - und dafür braucht es genug Geld für Kommunen und ihrer Aufgaben. Gleichzeitig sind Ehrenamt und Engagement unverzichtbare Säulen des Zusammenlebens, die wir fördern (erweiterte Unterstützung für Migrant*innenvereine und Integrationslots*innen des Freiwilligenzentrums, stärkere Anerkennungskultur für Ehrenamt).

Liste 5: FDP

Es braucht hierfür verbindliche Leitlinien zur Aufgabenverteilung. Kein Ersatz kommunaler Pflichtaufgaben der Stadt oder professioneller Dienst durch Ehrenamtler. Es bedarf eines Monitorings der Sozialinfrastruktur.

Liste 6: Die Linke

Ehrenamt braucht verlässliche Unterstützung, darf aber keine kommunalen Aufgaben ersetzen. Die Linke setzt auf stabile öffentliche Finanzierung sozialer Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen für Engagement. Das Freiwilligenzentrum Offenbach wollen wir unterstützen.

Liste 7: Freie Wähler

Ehrenamt ist unbezahlbar, aber es darf nicht Lücken füllen, die eigentlich die Stadt schließen muss. Wir unterstützen Ehrenamt konkret: Räume, Material, einfache Zuschüsse, Anerkennung und verlässliche Ansprechpartner. Gleichzeitig bleibt klar: Kernaufgaben sind Sache der Kommune. Wir definieren Mindeststandards (z.B. in Pflege, Sicherheit, Infrastruktur) und sichern Finanzierung, damit Ehrenamt ergänzt, aber nicht ersetzt.

Liste 10: Tierschutzpartei

Dies kann durch finanzielle Förderung, Qualifizierung, Beratung, Vernetzung und Anerkennung erreicht werden. Die Stadt übernimmt alle Pflicht-Leistungen der sozialen Infrastruktur selbst. Ehrenamtliche wirken nur ergänzend in Projekten, Beratungen oder Freizeitangeboten. Regelmäßige Monitoring- und Evaluationsmechanismen sorgen dafür, dass Aufgaben nicht unbemerkt auf Freiwillige verschoben werden.

Liste 11: Volt

Wir wollen das Ehrenamt über Stadtteilbüros koordinieren, Fortbildungen und digitale Plattformen anbieten sowie kleine Fördermittel bereitstellen. Wir wollen verhindern, dass kommunale Aufgaben an Freiwillige ausgelagert werden, indem professionelle Sozialdienste finanziert bleiben, Ehrenamt ergänzend wirken und Projekte wie Jugendtreffs, Lernorte und Nachbarschaftshilfe unterstützt werden.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Die Kaschierung kommunaler Aufgaben passiert in Offenbach infolge mangelnder Transparenz unserer Stadtregierung und mit Hilfe eines immensen Marketing-Aufwands. Es sollte stattdessen ehrlicher berichtet werden, welche Aufgaben, für die eigentlich der Staat zuständig ist, stattdessen von Freiwilligen übernommen werden. Die Ämter müssen aufhören, Hilfebedürftige zur Tafel zu schicken, wenn diese nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Themenblock Klima, Mobilität & Stadtentwicklung

Wie verankern Sie Klimaschutz und Hitzeanpassung als soziale Querschnittsaufgabe, damit besonders belastete Quartiere und vulnerable Gruppen vorrangig geschützt werden?

Liste 1: CDU

Die CDU versteht Klimaschutz und -anpassung als Querschnittsaufgabe. Besonders belastete Quartiere sollen durch mehr Grün, Entsiegelung, Hitzeschutz, intelligente Bewässerung und klimaangepasstes Bauen geschützt werden. Maßnahmen sollen pragmatisch, sozial verträglich und ohne ideologische Vorgaben umgesetzt werden.

Liste 3: SPD

Wir verankern Klimaschutz und Hitzeanpassung sozial gerecht: mit Entsiegelung, mehr Stadtgrün, Trinkwasserstellen, Schattenplätzen und gezielten Maßnahmen in besonders belasteten Quartieren. Vulnerable Gruppen wie Kinder, Ältere und Menschen mit geringem Einkommen schützen wir prioritär durch wohnortnahe, alltagstaugliche Lösungen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Klimakonzept, Starkregen- und Klimafunktionskarte zeigen bereits sensible Bereiche auf, insb. Innenstadt. Die „Grüne Mitte“ wird hier Grünflächen schaffen, Mikroklima verbessern und soziale Teilhabe fördern. Mit dem Schwammstadtprinzip halten wir mehr Wasser in der Stadt. In Bebauungsplänen wollen wir 40 % Grünflächen. Auch Informationskampagnen sind wichtig für vulnerable Gruppen.

Liste 5: FDP

Klimaschutz und Klimaanpassung ist Technologie- und Innovationsaufgabe. Ziel ist die schrittweise klimaneutrale Energie- und Wärmeversorgung, die Versorgungssicherheit garantiert und die Menschen nicht überfordert. Kreislaufwirtschaft, Abfall- und Recyclingstrukturen, eine robuste Wasserversorgung, eine zukunftsfähige Strom- und Wärmeinfrastruktur sowie mehr Grün und kühle Orte sind zentrale Bausteine.

Liste 6: Die Linke

Wir nehmen Klimaschutz und Hitzeanpassung als kommunale Querschnittsaufgaben an. Gute städtische Instrumente, wie die Treibhausgasbilanz und der Hitzeaktionsplan müssen fortgeschrieben und schonungslos ausgewertet werden. Besonders belastete, vor allem innerstädtische Quartiere sollen priorisiert begrünt und entsiegelt werden. Wir wollen mehr öffentliche kühle Orte zum Hitzeschutz schaffen.

Liste 7: Freie Wähler

Wir setzen einen Hitzeschutzplan um: mehr Bäume, Entsiegelung, Schattenplätze, Trinkbrunnen und kühle Aufenthaltsorte, zuerst in stark belasteten Quartieren. Wir prüfen Bauprojekte auf Hitze- und Starkregenschutz und informieren gezielt vulnerable Gruppen (Senioren, Kinder, Kranke) über Hilfen.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir machen Klimaschutz und Hitzeanpassung zu einer sozialen Aufgabe, indem wir mehr Grünflächen, Schattenplätze, Trinkbrunnen und Hitzepläne schaffen. Besonders belastete Quartiere und gefährdete Menschen werden vorrangig geschützt und aktiv in Maßnahmen einbezogen.

Liste 11: Volt

Klimaschutz und Hitzeanpassung sollen in Offenbach als soziale Aufgabe mitgedacht werden. Wir priorisieren besonders belastete Quartiere bei Entsiegelung, Begrünung, Schattenplätzen und Trinkwasserangeboten. Hitzeaktionspläne, kühle Aufenthaltsorte und gezielte Information schützen vulnerable Gruppen wie Ältere, Kinder und Pflegebedürftige.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Klimaschutz ist für alle da. Wir wollen vorzugsweise die Innenstadt und besonders dichte Quartiere klimafreundlicher gestalten, mit massiver Begrünung, Beschattung und Entsiegelung. Die bisherigen Maßnahmen reichen bei weitem nicht. Weitere Bauprojekte in diesen ohnehin zu dichten Quartieren lehnen wir ab. Wir wollen Trinkbrunnen, beschattete und seniorengerechte Sitzplätze und öffentliche Toiletten.

Wie wollen Sie einen bezahlbaren, gut ausgebauten und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr sicherstellen und die Mobilitätswende sozial gestalten?

Liste 1: CDU

Die CDU will einen verlässlichen, finanzierbaren ÖPNV mit barrierefreiem Ausbau und stabilen Angeboten. Subventionen dürfen die Stadt nicht überfordern. Ziel ist eine sozial ausgewogene Mobilität mit Wahlfreiheit aller Verkehrsmittel, ohne Zwang oder Verteuerung für Pendler und Haushalte mit geringem Einkommen.

Liste 3: SPD

Wir sichern einen bezahlbaren und verlässlichen ÖPNV durch stabile Finanzierung, klare Angebotsstandards und den Erhalt aller Stadtteile im Takt. Bus- und Bahnangebote bauen wir bedarfsgerecht aus, besonders für Randzeiten, Schüler:innen und Ältere. Sozialtickets und einfache Tarife machen Mobilität für alle bezahlbar.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Viele sind auf Busse angewiesen. Wir wollen dichtere Takte, bessere Anschlüsse und eine bessere Struktur. Bei verfügbaren Mitteln wird das Angebot ausgebaut und Lücken im Bussystem geschlossen. Es gibt bereits bezuschusste Tickets (Deutschland-, Senioren-, Schülerticket, Hessenpass mobil). Zusätzlich wollen wir mehrere fahrscheinfreie Tage einführen.

Liste 5: FDP

Wir wollen ein leistungsfähiges, zuverlässiges und modernes Verkehrssystem für Offenbach, das Auto, ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr sinnvoll miteinander verknüpft. Mobilität muss für Familien, Pendler, Gewerbe, Handel und Gastronomie bezahlbar, planbar und alltagstauglich sein. Kostenfreien ÖPNV lehnen wir ab. Mobilität der Zukunft beruht auf Vernunft statt Verboten, auf Intelligenz statt Ideologie.

Liste 6: Die Linke

Die Linke setzt sich für einen barrierefreien, bezahlbaren, perspektivisch kostenfreien ÖPNV, bessere Taktungen und eine flächendeckende Anbindung ein. Für Die Linke ist Mobilität elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Liste 7: Freie Wähler

ÖPNV muss im Alltag funktionieren: dichtere Takte, bessere Anschlüsse, saubere Haltestellen, Echtzeitinfos, auch abends. Wir setzen auf sichere Fuß- und Radwege und Park-&-Ride, um Stau zu reduzieren. Mobilität bleibt bezahlbar, damit alle mitkommen und nicht nur, wer ein Auto hat.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sichern einen bezahlbaren ÖPNV durch angepasste Takte, barrierefreie Infrastruktur, subventionierte Tickets, Priorisierung von Investitionen und Kooperationen. Finanzieren wollen wir über kommunalen Haushalt, Landes- und Bundesmittel, EU-Förderungen und moderate Mobilitätseinnahmen. Einkommensschwache, Schüler*innen und Senior*innen werden besonders berücksichtigt.

Liste 11: Volt

Wir stärken den ÖPNV durch dichtere Takte, verlässliche Anschlüsse und barrierefreie Haltestellen, besonders in Randzeiten und Quartieren. Bezahlbarkeit sichern wir über Sozial- und Jobtickets. Bus und Bahn werden mit Rad- und Fußverkehr besser verknüpft, damit Mobilität für alle alltagstauglich und klimafreundlich wird.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Der ÖPNV muss im Haushalt eine viel höhere Priorität bekommen. Wir brauchen mehr Buslinien, mehr Haltestellen, mehr Zuverlässigkeit und bessere Anbindungen, dann sind weniger Menschen auf Autos angewiesen. Für Leute mit geringerem Einkommen muss es Ermäßigungen geben.

Wie machen Sie klimafreundliche Energieversorgung und energetisch gutes Wohnen für Haushalte mit geringem Einkommen erreichbar, ohne Menschen aus ihren Quartieren zu verdrängen?

Liste 1: CDU

Klimafreundliche Energie soll durch technologieoffene Wärmeplanung, Photovoltaik, Nahwärmekonzepte und Effizienzmaßnahmen ermöglicht werden. Die CDU lehnt Verdrängung durch energetische Auflagen ab und setzt auf Förderung, Wahlfreiheit und bezahlbare Lösungen statt verpflichtender Sanierungszwänge.

Liste 3: SPD

Wir setzen auf energetische Sanierung mit sozialer Absicherung: Förderung statt Verdrängung. Bei städtischen Wohnungsunternehmen gelten Warmmietenstabilität, Förderprogramme und lange Bindungen. Klimafreundliche Energieversorgung bauen wir kommunal aus, senken Betriebskosten und schützen Mieter:innen vor Umlageeffekten.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir ermutigen Gebäude- und Liegenschaftseigentümer*innen Mietstromkonzepte zu planen und Dächer für Photovoltaik zu verpachten.

Liste 5: FDP

Offenbach ist mit der EVO als Anbieter klimafreundlicher Energieversorgung gut aufgestellt. Zudem wird das Fernwärmenetz sukzessive ausgebaut. Der Bestand an gefördertem Wohnraum wird insbesondere durch die gemeinnützige Baugesellschaft GBO energetisch saniert ohne Verdrängungsdruck zu erzeugen. Im freien Wohnungsmarkt helfen nur Anreize und wirken Konzepte wie die Mietpreismbremse kontraproduktiv.

Liste 6: Die Linke

Energetische Sanierungen dürfen niemals zu Verdrängung führen. Wir fordern soziale Leitplanken, z.B. im Rahmen einer Milieuschutzsatzung, konsequenten Mieterschutz und öffentliche Förderung, damit Klimaschutz bezahlbar bleibt.

Liste 7: Freie Wähler

Wir sanieren vor allem im kommunalen Bestand und koppeln Maßnahmen an Warmmieten-Schutz: Einsparungen bei Energie dürfen nicht durch höhere Mieten verpuffen. Wir bauen Beratung und Förderung aus (Heizen, Dämmung, Geräte). Unser Ziel: niedrigere Nebenkosten, bessere Wohnungen - ohne Verdrängung.

Liste 10: Tierschutzpartei

Dies wird erreichbar, indem wir förderfähige Sanierungen, Zuschüsse und Beratung gezielt für Haushalte mit geringem Einkommen anbieten, Mieter*innen schützen, Gentrifizierung vermeiden und Quartierskonzepte entwickeln, die Energieeffizienz, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen verbinden.

Liste 11: Volt

Wir fördern energetische Sanierungen im Bestand gezielt sozialverträglich: mit Mieterschutz, Warmmietenneutralität und klaren Modernisierungsgrenzen. Fördermittel werden gebündelt genutzt, Beratung ist verpflichtend. Quartierslösungen wie Nahwärme und Energiegenossenschaften senken Kosten, ohne Verdrängung zu erzeugen.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Die Bundesregierung und die Stadt scheinen mit der Wärmeplanung zu scheitern. Die Stadt muss ihre Planung, wie sie die Gasnetze stilllegen will, dringend kommunizieren, damit die zukünftige Wärmeversorgung mit Fernwärme, Wärmepumpen und Geothermie und die sozialen Aspekte, demokratisch ausgehandelt werden können. Der Preis der Fernwärme ist entscheidend. Wir planen hierzu mehrere Anträge.

Wie sorgen Sie für eine sozial gerechte und ökologische Stadt- und Regionalplanung mit klarer Zuständigkeitsverteilung?

Liste 1: CDU

Die CDU Offenbach setzt auf sozial gerechte, ökologische Stadtentwicklung mit klaren Zuständigkeiten. Stadtteile sollen gezielt gestärkt, Grünflächen erhalten und Infrastruktur koordiniert geplant werden. Regionale Zusammenarbeit ist wichtig, Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse sollen jedoch transparent und eindeutig bleiben.

Liste 3: SPD

Wir verbinden ökologische Stadtentwicklung mit sozialer Verantwortung. Planung erfolgt transparent, koordiniert und mit klaren Zuständigkeiten zwischen Stadt, Region und Land. Innenentwicklung vor Außenentwicklung, Schutz von Grünflächen, kurze Wege und soziale Infrastruktur stehen im Fokus - unter Beteiligung der Bürger:innen.

Liste 4: Bündnis90/Die Grünen

Wir wollen eine Stadtplanung, die inklusiver, gerechter und näher an den Menschen ist. Wir setzen uns für mehr und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten von Anwohner*innen, Jugendlichen und weiteren in der Stadt- und Quartiersplanung ein. Dazu wollen wir: Beteiligungsangebote ausbauen und niedrigschwellige Formate fördern (mehrsprachige Informationen, digitale Tools und quartiersnahe Treffen).

Liste 5: FDP

Auf die Regionalplanung haben die Stadtverwaltung im Beteiligungsverfahren und die Vertreter im Regionalverband mit Nachdruck Einfluss zu nehmen. Die FDP stellt mit dem Stadtplanungsdezernenten eine zentrale Gestaltungsressource und damit eine Garantie für sozial ausgewogene und ökologisch vernünftige Stadtplanung. Unsere sozialen Ziele lassen sich nur mit konsequenter Bürgerbeteiligung erreichen.

Liste 6: Die Linke

Die Linke fordert eine sozial gerechte, ökologische Stadtentwicklung mit klarer Verantwortungsverteilung auf allen Ebenen. Dafür ist vor allem eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen von zentraler Bedeutung, damit die Gemeinden in der Lage sind, die eigene Verantwortung ausreichend wahrzunehmen.

Liste 7: Freie Wähler

Neubau nur mit Infrastruktur: Kitas, Schulen, Verkehr und Grün müssen vorher mitgeplant und finanziert sein. Wir verlangen klare Zuständigkeiten zwischen Stadt und Beteiligungen, realistische Zeitpläne und öffentliches Projekt-Controlling. So werden Projekte fertig, statt jahrelang zu stocken, und Quartiere bleiben lebenswert.

Liste 10: Tierschutzpartei

Wir sorgen für sozial gerechte und ökologische Stadt- und Regionalplanung durch klare Aufgaben, dokumentierte Zuständigkeiten zwischen Stadt, Kreis und Trägern, verbindliche Umwelt- und Sozialstandards, Beteiligung der Quartiere, Integration von Grünflächen, Mobilitätskonzepten und nachhaltiger Infrastruktur sowie Abstimmung und Kontrolle der Prozesse.

Liste 11: Volt

Wir verankern soziale und ökologische Ziele verbindlich in der Stadt- und Regionalplanung und priorisieren Quartiere mit besonderem Bedarf. Zuständigkeiten zwischen Stadt, Kreis und Region werden klar definiert und transparent gemacht. Beteiligung vor Ort, frühzeitige Abstimmung und verbindliche Leitlinien sorgen für Planungssicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Liste 12: Offenbach für alle e.V.

Die Antwort ist 42 - Scherz beiseite! Zum Thema sozial gerechte und ökologische Stadt- und Regionalplanung verweisen wir auf unser Wahlprogramm und unsere zahlreichen Berichte und Blogbeiträge - 400 Zeichen sind zu wenig für Fülle der unterschiedlichen Fragen, die dafür angesprochen werden müssen! Die Zuständigkeitsverteilung ist ein Demokratieproblem, wir sind für direktere Wahlen und gegen Wahlstimmenschacherei im Hinterzimmer.

Über uns:

Unsere Überzeugung

Soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Würde jedes Menschen sind unverzichtbare Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft. In Stadt und Kreis Offenbach erleben wir jedoch einen zunehmenden Abbau sozialer Strukturen, steigenden finanziellen Druck auf soziale Einrichtungen und eine wachsende soziale Ungleichheit.

Eine starke Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung für eine lebenswerte und solidarische Region. Sozialabbau schwächt nicht nur diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, sondern gefährdet den gesellschaftlichen Frieden insgesamt.

Unser Anliegen

Unser Bündnis setzt sich für eine soziale, gerechte und solidarische Stadt- und Kreisgesellschaft ein. Wir lehnen Kürzungen im Sozialbereich entschieden ab und fordern stattdessen Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, faire Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Unsere Ziele

Soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen - Keine Kürzungen bei sozialen Einrichtungen, Beratung, Pflege, Wohlfahrt und Unterstützung für Bedürftige.

- Bezahlbaren Wohnraum sichern - Kampf gegen steigende Mieten, Verdrängung und Wohnungslosigkeit.
- Gute Arbeit und faire Löhne - Sicherung von Tarifverträgen, gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für alle.
- Gleichberechtigung und Teilhabe fördern - Niemand darf aufgrund von Herkunft, Alter, Geschlecht, Behinderung oder sozialer Lage benachteiligt werden.
- Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten - Zugang zu guter medizinischer und pflegerischer Versorgung unabhängig vom Einkommen.
- Klimagerechte Sozialpolitik umsetzen - Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten sozial Schwächerer gehen, sondern muss Teil einer gerechten Stadt- und Kreisentwicklung sein.
- Ehrenamt und Zivilgesellschaft stärken - Vereine, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen verlässliche Unterstützung und Förderung

Unser Vorgehen

Wir sind ein breites überparteiliches Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gemeinsam setzen wir uns durch öffentliche Aktionen, politischen Dialog und Netzwerkarbeit für unsere Ziele ein.

Wir werden:

- Politische Entscheidungsträger:innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene in die Verantwortung nehmen.
- Die Öffentlichkeit für die Folgen des Sozialabbaus sensibilisieren.
- Den sozialen Zusammenhalt stärken und solidarische Netzwerke aufbauen.
- Gemeinsam für eine starke Zivilgesellschaft eintreten und neue Unterstützer:innen gewinnen.

Impressum

Bündnis für sozialen Zusammenhalt
c/o Der Paritätische Hessen e.V. RG Offenbach
Berliner Straße 219
63067 Offenbach
E-Mail: kontakt@zusammenhalt-offenbach.de
www.zusammenhalt-offenbach.de

Februar 2026
Auflage: 500 Stück

